

Posener Tageblatt

Das Polnische Einkommensteuer-Gesetz

in deutscher Übersetzung
hilft über alle Schwierigkeiten hinweg.
Preis 21 H. 50.
In jedem in allen Buchhandlungen.

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 Zl., in den Ausgabestellen monatl. 5.— Zl. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— Zl., bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 Zl. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 Zl. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— Zl. Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmt. Einzelnummer 0.25 Zl. mit illustr. Beilage 0.40 Zl. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. A. C., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtegehaltene Millimeterzeile 17 gr., im Textteil die viergehaltene Millimeterzeile 75 gr., Deutschland 12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. Platzvorschritt u. schwieriger Satz 50 %. Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge unrichtigen Manuskriptes. — Aufschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o.o., Poznań).

Marceli
DZIENNIK
Poznań
Fr. Ratajczaka 7
Herren-Artikel
Letzte Neuheiten

70. Jahrgang

Mittwoch, 22. April 1931

Nr. 91

Heute:

Politik:

Leitartikel: Die Krise in Rumänien. Von Dr. Elias Hurwicz. — Ein deutscher Minister in Rumänien? — Französische Angst. — Die Königsberger Spione. — Das Kabinett in Rumänien. — Kritik an der Eisenbahnkonzession. — Vergeudete Tatkraft. — Dr. Sahm im Amt. — Der Kartenprozess.

Recht und Steuern:

Die polnische Rechtsprechung zur Aufwertung von Restkaufhypotheken. — Die neuen Wegegebühren zur Stempelgebühr beim Grundstückserwerb. — Krankenkassen-Streitfälle.

Handel:

Polen braucht Deutschland (Die Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen).

Drummond kommt nach Berlin

Pr. Berlin, 21. April. (Eig. Telegr.)

Der Generalsekretär des Bölkerbundes wird am 22. April in Berlin erwartet. Seinem Besuch kommt diesmal besondere Bedeutung zu, weil Drummond mit der deutschen Regierung eine Reihe wichtiger Fragen zu besprechen hat. Seine Verhandlungen gelten nicht nur der Vorbereitung der nächsten Sitzung des Bölkerbundes, in der bekanntlich Dr. Curtius den Vorsitz führen wird. Besprochen werden auch die Probleme, die auf der nächsten Tagung zur Sprache kommen sollen, so vor allem das Abrüstungsproblem. Es scheint nun festzustehen, daß die Kandidatur Beneš für den Posten des Präsidenten der Abrüstungskonferenz als erledigt betrachtet werden kann. Es ist möglich, daß Henderson den Vorsitz übernimmt. Dies bedarf ausführlicher diplomatischer Besprechungen. Das aktuellste Problem wird die Erledigung des deutschen Antrages auf Offenlegung der Rüstungen sein. Von großer Bedeutung ist auch das ukrainische Problem, die Erledigung der großen oberösterreichischen Minderheitsbeschwerden, die Danziger Angelegenheit, der deutsch-österreichische Zollvertrag und die Memelfrage.

Das Verbot des „Stahlhelms“

Pr. Berlin, 21. April. (Eig. Telegr.)

Das Reichsgericht in Leipzig hat in nichtöffentlicher Sitzung die vom Stahlhelm eingereichte Beschwerde gegen das Verbot der Wochenzeitschrift „Der Stahlhelm“ auf Kosten der drei Beschwerdeführer, und zwar des Verlages, der Redaktion und des Bundesführers Selbde verworfen. Das Reichsgericht hat jedoch die Zeit der Verbotsdauer beschränkt, und zwar läuft das Verbot nur bis zum 1. Mai.

Die Folgen der kommunistischen Werkspionage

23 Arbeiter entlassen.

Im Zusammenhang mit den Versuchen, Betriebsgeheimnisse, vor allem der chemischen Industrie, auszuspionieren, worüber wir feinerzeit berichteten, hat sich die J. G. Farbenindustrie, Werk Höchst, nunmehr entschlossen, 23 Arbeiter — unter ihnen sieben Mitglieder des Arbeiter- und Betriebsrates — zur Entlassung zu bringen. Soweit es sich dabei um Angehörige des Arbeiter- und Betriebsrates handelt, war nach den gesetzlichen Vorschriften die Zustimmung dieser Gremien erforderlich, die auch erteilt worden ist. Dies letztere darf vielleicht als Anzeichen dafür gewertet werden, wie ernst man auch in den Kreisen der Arbeiterchaft die Gefährdung der Betriebe und darüber hinaus der ganzen deutschen Wirtschaft durch die jetzt aufgedeckte Werkspionage nimmt. Die Untersuchungen sowohl der Behörden als auch der betroffenen Werke selbst nehmen noch ihren Fortgang, so daß mit der Möglichkeit der Entlassung noch einzelner weiterer Arbeiter zu rechnen ist.

Ein deutscher Minister in Rumänien?

Ein Schritt zur Verständigung

(Telegr. unserer Berliner Redaktion)

Pr. Bukarest, 21. April. (Eig. Telegr.)

Ministerpräsident Jorga hat bei der neuen Kabinettsbildung dem deutschen Abgeordneten Rudolf Brandisch das Unterstaatssekretariat im Ministerratspräsidium mit dem Referat für Minderheiten angeboten. Brandisch ist der erste deutsche Minister und erste Minister für Minderheiten Rumäniens überhaupt. Sollte dieser Schritt des rumänischen Ministerpräsidenten im letzten Augenblick nicht noch Änderungen erfahren, so würde er einen bedeutenden Fortschritt

in der Minderheitenfrage darstellen. Er würde auch einen Umweg in der rumänischen Minderheitenpolitik bedeuten, die bisher den Minderheiten gegenüber viel zu wünschenswert blieb. Ein derartiger Schritt des rumänischen Ministerpräsidenten bedeutet, daß in maßgebenden rumänischen Kreisen die Einsicht gefestigt hat, daß die Bedrückungspolitik gegenüber den Minderheiten zwecklos sei und es im Interesse des Staates liege, zu ihnen in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen.

Jorga bildet die Regierung

Die von Titulescu übernommene Neubildung des rumänischen Kabinetts, die im Verlaufe der Nacht auf Sonnabend bis zur Fertigstellung der Ministerliste gediehen war, ist unternommen worden.

Zuerst hatten die kleinen Parteien die Regierungsbildung bekanntlich durch übertriebene Forderungen vereitelt. Als man sich endlich entschloß, über sie zur Tagesordnung überzugehen und ein aus Parlamentariern und Fachleuten gemischtes Kabinett zu bilden, brach, während schon die Einberufung zur Eidesleistung des Kabinetts erwartet wurde, nochmals der Streit um das wegen der erwarteten Neuwahlen zum Parlament besonders heiß umstrittene Innenministerium aus. Der König versuchte Titulescu dazu zu bewegen, Argetoianu das Innenministerium zu überlassen, was Titulescu ablehnte, weil er Schwierigkeiten mit den Parteien befürchtete.

Nach einer letzten Aussprache mit dem König am späten Nachmittag gab Titulescu seine Mission zurück.

Der König betraute nunmehr Professor Jorga mit der Regierungsbildung, der die Verhandlungen sofort aufnahm und am Abend dem König folgende Ministerliste vorlegte:

Vorsitz und Unterricht: Jorga;
Außen- und Finanzen: Argetoianu;
Inneres: vorübergehend Jorga, dazu als Unterstaatssekretär Munteanu-Ramnit;
Armee: Stefanescu-Amza;
Handel: Manolescu;
Berkehr: Balkovic;
Agricultur: Jonsescu-Sisetti;
Justiz: Samargiu;
Öffentliche Arbeiten: Cantacuzene.
Der König hat das neue Kabinett bestätigt, und die Minister haben den Eid abgelegt.

Die Königsberger Spione

Die französischen Offiziere verschwunden — Keine harmlose Angelegenheit

P. R. Berlin, 20. April.

Wie sich herausstellt, scheint die Spionageaffäre der drei französischen Offiziere in Königsberg nicht ganz so harmlos zu sein, wie das zuerst in der Presse dargestellt wurde. Nachdem die Filmaufnahmen der drei französischen Offiziere, die übrigens alle drei der zweiten Abteilung des französischen Kriegsministeriums angehören, von den deutschen Polizeibehörden entwickelt worden sind, ist zu ersehen, daß die französischen Generalstäbler einen bestimmten Plan verfolgten, wenn nicht eine feste Aufgabe erfüllten. Die Aufnahmen, die sie durch das Gitter des Kasernenhofes machten, stellen eine Uebung über die Anwendung eines neuen Zielinstruments dar, das auf den Geschützen aufgesetzt wird und eine genauere Zielfirmerheit ergeben soll. Es handelt sich um eine neue deutsche Erfindung, die augenscheinlich das besondere Interesse der französischen militärischen Stellen erweckt hat.

Die deutschen maßgebenden Stellen sind auch dadurch etwas stutzig geworden, daß die französischen Offiziere plötzlich spurlos verschwunden sind. Dieses Verschwinden ist um so verwunderlicher, als die Reiseroute der Offiziere mit den deutschen Behörden festgelegt war und auf die letzte Demarche des Auswärtigen

Amtes hin der französische Botschafter die Versicherung abgegeben hat, daß die französischen Offiziere nunmehr strikt ihrer vorgeschriebenen Reiseroute folgen würden. Ein Abendblatt verbreitet nun die Nachricht, die französischen Offiziere hätten sich nach Pillau begeben. Weder liegt aber Pillau in ihrer Reiseroute, noch sind sie dort eingetroffen. Man zerbricht sich deshalb in Berlin den Kopf, wo die Franzosen geblieben sein können und vermutet, daß sie die Grenzen Deutschlands verlassen haben. Die Affäre dürfte sicherlich noch ein diplomatisches Nachspiel haben.

Abgereist

Pr. Berlin, 21. April. (Eig. Telegr.)

Die drei französischen Offiziere, die in Königsberg photographische Aufnahmen machten und vorübergehend in Haft genommen waren, haben, wie sich jetzt herausstellt, auf Anweisung der französischen Botschaft in Berlin hin deutschen Boden verlassen. Die Anweisung der französischen Botschaft ist anscheinend erfolgt, nachdem festgestellt worden war, daß die beschlagnahmten photographischen Platten Aufnahmen enthielten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung jeder Staat fordern kann.

Französische Angst

Kritische Einstellung in England

P. R. Berlin, 20. April.

Das englisch-französisch-italienische Flottenabkommen scheint ebenso still, wie es zur Welt kam, nun in den letzten Atemzügen zu liegen. Zwar hat man in London, wo heute der Redaktionsausschuß der Flottenkonferenz zusammentritt, alle Hoffnung noch nicht aufgegeben; man läßt aber schon jetzt keinen Zweifel darüber, daß der Flottenpakt durch französische Schuld zu zerplatzen droht. Die liberale Presse in England wendet sich sehr scharf gegen Frankreich und spricht die Befürchtung aus, daß das französische Verhalten zu einer Verschärfung der Abrüstungskonferenz führen, vor allem aber das englisch-amerikanisch-japanische Flottenabkommen zum Scheitern bringen könne. Die französische Taktik, die jede Abrüstungsbestrebung zunichte machte, wird auf die übertriebene

Furcht Frankreichs vor Deutschland zurückgeführt. Die englische Linkspresse gibt ihrer Verwunderung freien Ausdruck, daß ein Land, das die größte und modernste Armee der Welt besitzt, ein Land fürchtet, das zu Lande wie zur See so gut wie abgerüstet ist, nämlich Deutschland.

Der Marineminister Alexander hielt vor kurzem eine Rede, in der er betonte, daß eine einseitige Abrüstung unmöglich sei. Er hoffe zwar, daß die strittigen Fragen noch beigelegt werden, sieht aber gezwungen, festzustellen, daß England in seiner beispiellosen Abrüstung nicht weitergehen könne, wenn die anderen Länder nicht mitmachen. Die Presse sekundiert ihm, indem sie ausführt, wenn Frankreich die Abrüstung unmöglich mache, so könne niemand die Wiederaufrüstung Deutschlands verhindern.

Die Krise in Rumänien

Von Dr. E. Hurwicz

Seit Beendigung des Weltkrieges hat Rumänien eine Reihe außerordentlich wichtiger Veränderungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erfahren. Es ist notwendig, wenigstens einen kurzen Rückblick auf diese Veränderungen zu werfen, denn die Krisis, der heute Staat und Wirtschaft Rumäniens ziemlich ratlos und ohnmächtig gegenüberstehen, ist zu einem wesentlichen Teil das Ergebnis der ganzen Nachkriegsentwicklung dieses Landes.

Rumänien vor dem Weltkriege: das ist, politisch wie wirtschaftlich, ein Land der „Bojarenherrschaft“, etwas über 5000 Großgrundbesitzer nennen fast die Hälfte (genauer 48,6 Prozent) des gesamten nutzbaren Bodens ihr eigen, während eine Menge Zwergbauern sich mit 3 Hektar begnügen muß. Bereits vor dem Kriege begann daher die Regierung, angeregt besonders durch die Agrarpolitik Stolypins in Rußland und angetrieben durch Bauernaufstände, mit agrarreformerischen Versuchen. Allein zu einer einschneidenden Agrarreform kam es erst nach Beendigung des Weltkrieges, vor allem, um das annektierte Bessarabien vor der sowjetrussischen Anfechtung zu schützen. Das Gesetz vom 16. Dezember 1918 enteignete von den Kronländern und dem Großgrundbesitz (der im neuen Großrumänien 3,8 Millionen Hektar beherrschte) zugunsten der Bauern 2 Millionen Hektar. Bis 1925 wurden in allen Landesteilen 5,8 Millionen Hektar enteignet. Die größte Besitzverchiebung zeigt hierbei Altrumänien, wo heute nur noch 6—8 Prozent des gesamten Kulturbodens dem Großgrundbesitz gehören.

So ist also Rumänien aus einem „Land der Bojarenherrschaft“ vorwiegend zu einem kleinbäuerlichen Großstaate geworden. Der Erwerb des industrialisierten Siebenbürgens hat an diesem Agrarcharakter des Landes kaum etwas geändert. Noch 1926 zählte man in Rumänien in 3445 Betrieben nur 191 428 Arbeiter. Im Gegenteil! Der Erwerb Siebenbürgens mit seinem wohlhabenderen Bauerntum trug wesentlich bei zu einer weiteren Veränderung auch im politischen Leben Rumäniens: nämlich zur Brechung der Feudalherrschaft der Liberalen und Ueberrnahme der Macht durch die nationalbäuerliche (sogen. national-zararantische) Partei Manius (Dezember 1928).

Diese Umwälzung ist deswegen von großer Bedeutung auch für das Verständnis der gegenwärtigen rumänischen Krise, weil sie eine ganz neue Epoche im Leben des rumänischen Staates herbeiführen schien. Bedeutete doch die Herrschaft der Liberalen im Lande bis Ende 1928 eine Oligarchie, die Industrie, Bankwesen und Eisenbahnwesen zur Domäne einer kleinen Personengruppe, ja eines Geschlechts (der Bratianus) machte. Nicht nur wurde durch dieses System dem Auslande jede Beteiligung am Wirtschaftsleben des Landes unmöglich gemacht, sondern auch die wirtschaftlichen Kräfte des Inlandes unterbunden. So kam es, daß Take Ionescus Wort von Rumänien: „Ein armes Land mit großen Reichtümern“ auch im neuen, an Bodenschätzen noch unendlich reicheren Großrumänien Geltung behielt. So kam es, daß die Herrschaft der Liberalen mit leeren Staatskassen endete, und daß Maniu, zur Macht gelangt, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als die wichtigste Aufgabe proklamierte.

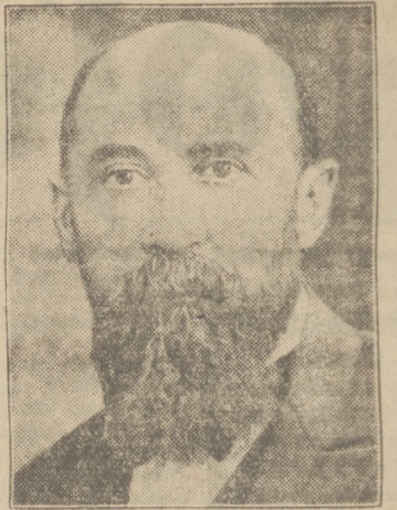
Heute, nach mehr als zwei Jahren der Herrschaft der Nationalzararantisten, hat sich

Bergeudete Tatkraft

P. R. Berlin, 20. April.

Eine Woche dauert nun das juristische Geplänkel im Haag um die Frage, ob die sechzig deutschen Kinder, die seinerzeit bei den von der polnischen Regierung durchgeführten deutschen Sprachprüfungen als ungenügend deutschsprachig erkannt wurden, nun, nachdem eine Entscheidung im Haag gefallen ist, derzufolge die Erklärung der Erziehungsbehörde, die polnische Vertreter stellt fest, daß die rechtlichen Tatbestände entscheiden, die in diesem Falle beweisen, daß die Kinder nicht deutsch konnten, also nicht zur Minderheit gehören können. Er beruft sich hierbei auf eine Haager Entscheidung, derzufolge der subjektive Wunsch der Eltern nicht als maßgebend anerkannt worden sei. Der deutsche Vertreter beruft sich jedoch ebenfalls auf eine Haager Entscheidung, und zwar auf eine Entscheidung, die ein Jahr später gefallen ist als die erste, auf die sich der polnische Vertreter beruft. Mit dieser zweiten Entscheidung habe der Haager Gerichtshof festgestellt, was übrigens auch früher nicht anders aufgefaßt werden konnte, daß die erste Entscheidung nur vorläufigen Charakter trug.

Es handelt sich hier auf den ersten Blick um juristische Feinheiten, in die scheinbar der Laie nicht eindringen kann. Und so ist die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß auch die deutsche öffentliche Meinung dem Prozeß nicht die genügend gebührende Aufmerksamkeit zuwendet, die er verdient. Denn es handelt sich nicht nur um die 60 deutschen Kinder, die ihrer Muttersprache erhalten werden sollen. Dieser Prozeß muß jedem, der der Minderheitenfrage auch nur ein geringes Interesse entgegenbringt, schlaglichtartig zeigen, wie wenig guter Wille bei der Beilegung von Konflikten mit der Minderheit bei den Mehrheitsvölkern gezeigt wird. Man hat in letzter Zeit auch in Polen von hoher Regierungsebene festgestellt, daß zwar von den Minderheiten Loyalität verlangt werden müsse, daß aber doch auch die Behörden das auskömmliche Verhältnis zu Minderheiten fördern müssen. Man wirft dabei den Minderheiten immer wieder vor, daß sie ihre Klagen zu oft vor das Auslandsforum bringen. War es, wird man hier fragen müssen, vom polnischen Standpunkt aus notwendig, diese für die polnische Regierung doch nur aus Prestigegründen wichtige Frage zum dritten Male vor den Haager Gerichtshof zu bringen? Eine Tatfrage, die viel besser dazu verwandt worden wäre, mit den Minderheiten in ein auskömmliches Verhältnis zu gelangen. Unnütze Tatfrage schon deshalb, weil doch dieser Fall wieder beweist, daß das angewandte Mittel falsch war, wenn es die Gewinnung dieser jungen polnischen Staatsbürger für die polnische Kultur bezweckte. Ein Jahr ist vergangen, und sie wollen doch in die deutsche Schule.



Rumäniens neuer Ministerpräsident Professor Jorga

Das neue rumänische Kabinett wurde von dem Universitätsprofessor Jorga gebildet, nachdem der bisherige Gesandte in London, Titulescu, mit seinen Bemühungen, eine Regierung der nationalen Koalition zustande zu bringen, gescheitert war.

gannen mit der Verlesung der Anklageschrift, die sechs Stunden in Anspruch nahm. Der Prozeß wird heute fortgesetzt.

Urteil gegen den ehemaligen ukrainischen Abg. Lijczynski

Warschau, 21. April.

Der ehemalige ukrainische Abg. Lijczynski, gegen den seit einigen Tagen in Lemberg ein Prozeß wegen Verleumdung des polnischen Staates und Aufreizung der ukrainischen Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen den Staat stattfand und der seinerzeit in Breit-Witowsk gefangen gehalten worden ist, wurde gestern vom Gericht zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Ihm wurde die Unterzeichnung angerechnet, und die Strafe ist somit bereits verbüßt. Da jedoch das Bezirksgericht in Romne ebenfalls einen Prozeß gegen Lijczynski angestrengt und seine Inhaftierung gefordert hat, wurde er wieder ins Gefängnis geschafft.

Der Staatspräsident bittet um Herabsetzung seines Gehalts

Warschau, 21. April.

Der polnische Staatspräsident Moscicki hat im Zusammenhang mit der Reduzierung der Beamtengehälter angeordnet, daß vom 1. Mai ab auch seine Dienstbezüge um 15 Prozent herabgesetzt werden.

Polens Einschreiten in Berlin wegen Grenzüberschreitung der Schupo

Warschau, 21. April.

Der polnische Gesandte in Berlin hat im deutschen Außenministerium in der Angelegenheit der Überschreitung der polnischen Grenze bei Schneidemühl durch eine Abteilung deutscher Schupo offiziell Protest eingelegt.

Die Wahlen in Lucca

Warschau, 21. April.

Die in Lucca stattgefundenen Wahlen haben dort dem Regierungsbund eine Mehrheit gebracht. Die Stadt ist überwiegend von Angehörigen der deutschen und ukrainischen Minderheit bewohnt. Von den insgesamt 27 Mandaten erzielte die Liste 1, d. h. des Regierungsbundes, 14 Mandate, während die Minderheitenliste nur 13 erhielt. Die absolute Mehrheit ist somit dem Regierungsbund gesichert.

Kommunistische Propaganda

Wie aus Kielce gemeldet wird, hat die dortige Polizei auf dem Bahnhof einen Transport kommunistischer Propagandaschriften und Parteibefehle aus Warschau, die für den 1. Mai bestimmt waren, angehalten. Unter den acht verhafteten Personen soll sich auch ein Agitator aus Lodz befinden.

Verhaftete Kommunisten

Warschau, 21. April. (R.) In Polen wurden zahlreiche Kommunisten von der Polizei verhaftet. Die polnische kommunistische Partei ist schon seit längerer Zeit verboten. Die Verhafteten hatten Kundgebungen für den 1. Mai vorbereitet. Die polnische Polizei beschlagnahmte auch viele kommunistische Verbeschriften.



Zur französischen Spionageaffäre Oberleutnant Chapouilly

der französische Militärattaché in Berlin, der durch die Beteiligung seines ständigen Mitarbeiters Kapitän de Mierny an der Spionageaffäre in Ostpreußen kompromittiert ist. Man erwartet in Deutschland, daß Oberleutnant Chapouilly, der die Verantwortung für seinen Mitarbeiter trägt, sofort abberufen wird.

Kritik an der Eisenbahntonkzession

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 21. April.

Die gesamte polnische Presse bespricht weiterhin eifrig die Bedingungen der französischen Eisenbahntonkzession Oberschlesien-Gdingen. Die Oppositionspresse wendet sich im allgemeinen heftig gegen die Bedingungen dieser Konzession und nennt sie im allgemeinen sehr schwer.

So schreibt das Warschauer Abendblatt „ABC“ u. a.: „Wenn man jedoch das Geleisesprojekt näher betrachtet, was dem Sejm über die Konzession vorgelegt werden wird, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Vorteile der Konzession, die für Polen von erstklassiger Bedeutung ist, durch unvernünftigmäßig große Lasten erlauft werden.“ Das Blatt bespricht dann die Einzelheiten der Anleihe und fährt fort: „Eine verhältnismäßige Erleichterung in den Anleihebedingungen besteht hier in der Wirklichkeit nicht, und es wäre ein Fehler, sich selbst oder anderen einzureden, daß die Bedingungen dieser Transaktion für Polen günstig wären. Die Verzinsungsgarantie, des ausländischen Kapitals und die Haftpflicht des Staates weisen darauf hin, daß wir ferner das Objekt der Ausnutzung des Auslandskapitals sind.“

Auch die „Gazeta Warszawska“ wendet sich weiterhin heftig gegen die Anleihe und schreibt in einem Artikel, den sie „Der Mandatar der Obligationen“ überschreibt, etwa folgendes:

„Das französische Kapital hat sich auf alle nur mögliche Weise gesichert. Es hat nicht nur seine Obligationen an erster Stelle auf das gesamte unbewegliche Eigentum eintragen lassen und hat nicht nur die polnische Regierung sich verpflichten lassen, in das Staatsbudget eine Summe einzulegen, die zur Deduktion der Garantie nötig ist, sondern auch noch weiterhin eine sehr bedeutsame Tatsache erreicht. Unseren Meldungen zufolge, wozu im übrigen die amtlichen Darstellungen völlig schweigen, steht das Projekt der Konzession die Einlegung eines besonderen Delegierten in Warschau vor, eines sog. Mandatars der Obligationen. Seine Aufgabe wird darin bestehen, darüber zu wachen, daß der polnische Staat auch wirklich zu dem vorgeschriebenen Termine die Konzessionssummen an die Geldgeber zahlt. Es wird also ein Kontrolleur des französischen Kapitals über dem Staatsfiskus sein.“

Anderer Blätter haben die Meldung von der Einlegung dieses Kontrolleurs noch nicht veröffentlicht.

In einem Teil der übrigen Presse wird eine politische Wertung der Anleihe vorgenommen, und vor allen Dingen hervorgehoben, daß sie eine Stellungnahme Frankreichs in der Korridorfrage bedeute. So schreibt der „Kurjer Polski“: „Bei der Beurteilung des Wertes der Konzession ist nicht zu vergessen, daß sich

dabei mit Wissen der französischen Regierung das französische Kapital bei umfangreichen Arbeiten engagiert, die auf längeren Zeitraum berechnet sind für Gebiete, auf denen die uns feindliche Propaganda, die von Deutschland ausgeht, der Weltmeinung einreden will, daß seine Zugehörigkeit zu Polen vom Standpunkt der Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa schädlich wäre. Der Widerstand dieser Handlungen des französischen Kapitals kann für uns vom politischen Standpunkt aus nicht gleichgültig sein.“

Der „Cisprek Poranny“ äußert sich ähnlich und schreibt:

„Die französische Anleihe zeugt davon, daß Frankreich vollkommen ruhig über alle Revisionspropaganda zur Tagesordnung übergeht. Die Nachricht von dem Abschluß der Anleihe mit Polen muß in der deutschen öffentlichen Meinung einen großen Eindruck machen und sie dazu zwingen, nüchtern die tatsächlichen Verhältnisse zu betrachten und ihre Beziehungen zu Polen einer Revision zu unterwerfen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet.“

Vor der Vollziehung des Sejm

Warschau, 21. April.

Gestern um 1 Uhr mittags sprach Ministerpräsident Siewert im Sejm vor und begab sich zum Sejmarschall Switalski, mit dem er eine halbstündige Konferenz hatte. Ministerpräsident Siewert und Sejmarschall Switalski begaben sich dann zum Senatsmarschall Raczywicz, mit dem sie ebenfalls unterhandelten. Gegenstand dieser Besprechungen des Verlaufs der Arbeiten in der bevorstehenden Sejmession. Wie ein Teil der Presse berichtet, beabsichtigt die Opposition auf der außerordentlichen Sejmession eine demonstrative Interpellation in der Frage der 15%igen Gehalts-herabsetzung für die Staatsbeamten einzubringen. Es ist jedoch fraglich, ob die Einbringung einer solchen Interpellation möglich sein wird. Denn allgemeine Beachtung hat gefunden, daß bei der Einladung zu der Sejmession, die an die einzelnen Abgeordneten ergangen ist, genau festgelegt worden ist, was auf der Sejmession beraten werden soll. Die Oppositionspresse folgert daraus, daß man es mit der Absicht zu tun habe, in Zukunft ein genaues Programm für die Sejmessionen vorzuschreiben und dadurch jede Aktion der Opposition zu verhindern.

Aus der Republik Polen

Die Protestkundgebung der akademischen Jugend

Warschau, 21. April.

Gestern fand in der Universität, wie bereits angekündigt, eine großangelegte Protestkundgebung der polnischen Akademiker gegen Danzig statt. An der Kundgebung nahmen Vertreter von etwa 50 akademischen Verbänden teil. Man führte eine Entschlüsselung, in der scharfe Maßnahmen gegen Danzig gefordert werden und ein Boykott aller Danziger Kurorte und Danziger Waren bis zur radikalen Veränderung der Verhältnisse in Danzig geschlossen wurde. Im Anschluß daran wurde eine Zukunftsbesprechung gefaßt, in der alle Studenten aufgefordert werden, demonstrierend zum Besten der Nationalflotte Beiträge zu zahlen. Nach der Protestversammlung gruppierten sich die Teilnehmer auf der Straße zu einem Umzug, an dem angeblich etwa 1000 Personen teilgenommen haben sollen. Der Umzug zog durch die Hauptstraßen Warschaus bis nach der ul. Piłsna, wo sich die deutsche Gesandtschaft befindet. Die Polizei hatte jedoch umfangreiche Vorkehrungen ge-

troffen, um es zu Demonstrationen vor der deutschen Gesandtschaft nicht kommen zu lassen. Die Teilnehmer blieben nun in den anliegenden Straßen verammelt und stießen deutsche feindliche Rufe aus. Einige Gruppen von ihnen versuchten vor das österreichische Konsulat zu ziehen, was ihnen gelang. Sie demonstrierten dort gegen den Anschlag.

Prozeß wegen der Unterschlagung im militärisch-geographischen Institut

Warschau, 21. April.

Gestern begann vor dem Bezirksmilitärgericht der Prozeß gegen General Jazwinski. Der General war seinerzeit in den Jahren 1923—1926 Leiter des Militär-geographischen Instituts, in dem zahlreiche Unterschlagungen und Betrügereien vorgekommen sind. Die im Zusammenhang damit angeklagten Offiziere wurden vor längerer Zeit verurteilt. General Jazwinski wurde aber vor ein Generalgericht gestellt. Er ist Inhaber zahlreicher in- und ausländischer hoher Orden und erschien vor Gericht in voller Uniform. Man wirft ihm vor, daß er die Unterschlagungen in dem Institut geduldet habe. Die Verhandlungen be-

der Zusammenbruch auch dieser Versprechungen und Hoffnungen erwiesen. Gewiß, die Wurzeln der heutigen Wirtschaftskrisis liegen zum Teil auch in der Vergangenheit, da die damalige Regierung durch die Agrarreform zwar den Bauern das parzellierte Land zu billigen Preisen, im übrigen jene sich selbst überließ, ihnen keinen Kredit und keine Maschinen lieferte und so schließlich unter ihnen jene Unzufriedenheit hervorrief, die sich in dem berühmten Bauernaufmarsch nach Alba Julia auswirkte, welcher die Machtergreifung durch Maniu vorbereitete. Allein die Herrschaft Manius vermochte den Bauern ebensowenig zu helfen. Diese Herrschaft hatte vielmehr im wesentlichen nur den Erfolg, daß die Zahl bäuerlicher Deputierter im Parlament erheblich zunahm, und daß an Stelle der aus den Staatsämtern vertriebenen Liberalen nunmehr Anhänger Manius hineingekommen waren. So blieb, nur mit veränderten Vorzeichen, alles beim Alten, und nach wie vor blieb in Rumänien die Politik nur ein „Geschäft mit anderen Mitteln“. Und zu alledem gestellte sich auch die landwirtschaftliche Weltkrise, die gerade auf einem so ausgesprochenen Agrarland wie Rumänien besonders schwer lasten mußte.

Aus dieser Schwäche der Nationalisten heraus ist auch die sensationelle Rückkehr Carols II. im Juni vorigen Jahres zu begreifen. Denn niemand anders als Maniu war unter den Männern, die den König zurückberiefen, da er keine eigene Autorität im Wanken, die Opposition der Liberalen (die seinerzeit Carols Abdankung erzwangen) aber wachsen sah. Und das Volk begrüßte denn auch stürmisch den neuen König und verfiel in einen Jubelrausch neuer Hoffnungen.

Aber die graue Wirklichkeit der Wirtschaftskrisis hielt wieder Einzug, und es ist kennzeichnend, daß der Hauptgrund des Rücktritts des Kabinetts Mironescu das Ausbleiben einer ausreichenden Anleihe ist. Die vor kurzem in Rom abgehaltene internationale Getreidekonferenz hat auch keine Hilfe gebracht, der tschechoslowakische Landwirtschaftsminister Bradatsch hat aber erst dieser Tage davor gewarnt, die kleine Entente zu einer Zollunion auszugestalten und den tschechischen Bauern als Herrn dem rumänischen gegenübergestellt, der wirtschaftlich nicht viel besser stünde, als in den Zeiten der Leibeigenschaft.

Wieder taucht die Gestalt eines neuen „Retters“ in Rumänien auf: Titulescu. Zweifellos ein kluger, diplomatisch mit allen Wassern gewaschener Mann. Diplomatisch klug ist auch sein Verfahren: ein Kabinett auf Grundlage der Koalition, der Zusammenfassung aller Parteien zustandzubringen — zugleich eine Folge des oben geschilderten Mißerfolges der bisherigen Parteiherrschaft. Diesem Verfahren stimmt auch Carol II. bei. Aber ob mit Mitteln der parlamentarischen Taktik der Wirtschaftskrise beizukommen ist, erscheint zweifelhaft, ja ausgeschlossen. Uebrigens ist, neuesten Meldungen zufolge, ein „Kabinett der nationalen Einheit“ Titulescu mißlungen. Das zustandgekommene „Kabinett der Fachleute“ — und Jorga bildete ein „Kabinett der Fachleute“ — aber kann unter diesen Umständen zu einem Provisorium werden, nach dem die Diktatur des Königs an die Reihe kommt. Doch dauert die Wirtschaftskrisis auch dann fort, so kann ihr leicht auch diese Diktatur zum Opfer fallen.

Emil Trinkler †

Der Afienforscher Dr. Emil Trinkler ist in der Nacht zum Montag an den Folgen des vor acht Tagen erlittenen Autounfalls gestorben.

Das Befinden des am Sonntag vor acht Tagen bei einem Autounfall auf der Straße nach Bremerhaven schwer verletzten Afienforschers Dr. Trinkler hatte eine ernste Wendung genommen, da der Forscher schwerere Verletzungen, als man ursprünglich annahm, namentlich der inneren Organe, erlitten zu haben scheint. Der Zustand Trinklers wurde bedenklich, als Wundinfektion hinzutrat. Am Sonntagabend war das Fieber auf über 40 Grad gestiegen.

Dr. Emil Trinkler ist durch seine beiden Afienreisen bekannt geworden, die ihn durch Afghanistan und Tibet geführt haben. Sein Tod ist um so tragischer, als er im Herbst eine neue Expedition unternehmen wollte, die ihn wieder durch Persien und Zentralasien führen sollte, um weitere ungeklärte geographische Probleme zu klären. Mit Dr. Trinkler verliert die deutsche geographische Wissenschaft einen ihrer hervorragendsten Vertreter.

Der neue deutsche Gesandte in Wien. Wien, 21. April. (R.) Der neue deutsche Gesandte Dr. Rietz traf gestern hier ein.

Besucht die Pofener Messe!

Für alles wird georgt

X Auf der Pofener Messe, die vom 26. April bis zum 3. Mai dauert, werden folgende Industriezweige vertreten sein:

Textilien und Konfektion, Gerbindustrie, Galanteriewaren jeder Art, Spielzeug und Sportartikel, Papier, Büroeinrichtungen, Verpackung, Musikinstrumente, Präzisions- und Kunstwerkzeuge, Keramik, Glas und Porzellan, Möbel, Erzeugnisse aus Holz und Weiden, chemische Industrie, Porzellanartikel, Lebensmittel, verschiedene Maschinen und Metallwaren, landwirtschaftliche Maschinen, Hausgerät, Autos, Fahrräder, Motorräder, Elektrotechnik, Baumaterialien (in einem Sonderabteilung für die Anwendung von Beton) u. a. m. Fabrikate, die direkt vom Hersteller oder Vertreter gekauft werden, wie: Möbel, Klaviere, Teppiche, Autos, Motorräder, landw. Maschinen usw., werden auf der Messe reich vertreten sein.

Jeder Besucher der Messe genießt auf der Rückfahrt von Posen eine 50%ige Bahnermäßigung für alle Personen- und Schnellzüge. Die Ermäßigung wird erlangt auf Grund einer Legitimation, die vom Ermäßigungsbüro auf dem Messegelände ausgestellt wird.

Die Eintrittspreise stellen sich folgendermaßen dar:

Einmaliger Eintritt 3 zł, Bloß mit drei Eintrittskarten 6 zł, Bloß mit 8 Eintrittskarten 15 zł.

Den Besuchern der Messe wird ein bequemer Aufenthalt in Hotels und Privatwohnungen zugesichert. Die Wohnungen werden vom Quartierbüro auf dem Bahnhof, das ohne Unterbrechung tätig ist, kostenlos zugewiesen.

Ein Zimmer in Hotels ist von 8 zł an zu haben. In Privatwohnungen kosten Zimmer mit einem Bett 3, 5 und 7 zł, mit 2 Betten zu 5, 7,50 und 10 zł.

Die Pofener Messe erinnert daran, daß mit Rücksicht auf den Handelscharakter der Messe der Zutritt zur Messe nur Erwachsenen und Jugendlichen über 14 Jahren gestattet ist. Kinder werden selbst in Begleitung von älteren Personen nicht zugelassen. Die Messeleitung bittet, um peinliche Mißverständnisse zu vermeiden, darum, daß sich die Besucher danach richten.

Stadtpräsident Ratajski über die Pofener Messe

X Posen, 20. April. Der Stadtpräsident Ratajski hat sich zur diesjährigen Messe folgendermaßen geäußert:

„Die Pofener Messe, die auf Betreiben lokaler Faktoren als Institution entstanden ist, die zur wirtschaftlichen Konsolidierung Polens beitragen soll, hat im Laufe der 10 Jahre ihres Bestehens die ihr gestellten Aufgaben gewissenhaft erfüllt. In Stunden guter oder schlechter Konjunktur hat sie stets der Industrie und dem Handel durch die Vermittlung bei der Anknüpfung und Pflege von Handelsbeziehungen nicht nur in Bezug auf Handelsfirmen, sondern vor allem Auslandsfirmen gedient.“

Schreibergartenparzellen sind zu haben

Die Städtische Gartenbaudirektion plant in diesem Jahre die Einrichtung eines Schreibergartens für Angestellte aller Kategorien, die auf der Wallstraße, der Schrodka und in der Mittelstadt wohnen. Dafür ist ein Gelände der Kirchengemeinde Sw. Janna vorgesehen, das an der ul. Warzawista bei dem Militär-Schießhaus liegt. Der Boden ist gut und hoch kultiviert. Die Größe des Schreibergartens und die Zahl der Parzellen wird von der Zahl der Interessenten abhängen. Wer eine Parzelle pachten will, wolle einen entsprechenden Antrag bis spätestens 1. Mai 1931 an die Städtische Gartenbaudirektion, Wilson-Platz, Eingang von der ul. Matejki, richten.

Gewerbesteuerlisten können eingesehen werden

Der Magistrat gibt den Gewerbesteuerzahlern bekannt, daß gemäß Art. 80 des Gesetzes über die staatliche Gewerbesteuer vom 15. Juli 1925 Namenslisten der Gewerbesteuerzahler für das Jahr 1930 zur öffentlichen Einsichtnahme ausgestellt worden sind. Diese Listen können vom 15. April bis zum 15. Mai im Steuerbüro (ul. Nowa 10, Zimmer 10, 2. Stock) eingesehen werden.

Schonzeit für Fische

Das Städtische Polizeiamt bittet uns, folgendes mitzuteilen: Laut Dekret vom 8. April hat der Pofener Wojewode für das Gebiet der Pofener Wojewodschaft die Frühjahrschonzeit für Fische in offenen Gewässern auf die Zeit vom 20. April, morgens 6 Uhr, bis zum 31. Mai, morgens 6 Uhr, festgelegt. In dieser Zeit darf auf offenen Gewässern der Fischfang nur mit Geräten des sog. stillen Fischfangs ausgeführt werden. Ständige Fischereieinrichtungen im Sinne des Fischereigesetzes müssen von offenen Gewässern entfernt oder weggestellt werden. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft; u. a. wird auch die Beschlagnahme der Geräte angeordnet, mit deren Hilfe die Uebersetzung der Bestimmungen geschah.

Kleine Pofener Chronik

X Die Vereinigung der Radiotechniker in Posen organisiert auf der Pofener Messe eine Schau von Radiomängeln und Zubehörteilen. Diese Vereinigung tritt unter der Parole „Ein Radioparat in jedem Hause“ vor die Öffentlichkeit. Viele Parole verlangt namentlich eine Verbreitung des Radio auf dem Lande, für das bei der heutigen Konjunktur die Wirtschaftsnachrichten, die das Radio ja pünktlich vermittelt, einen unermesslichen Wert darstellen.

Nach 10jähriger Arbeit kann ich als Wirt der Stadt, der die Messe beobachtet und mit ihr eng verbunden ist, ohne Zögern sagen, daß die Pofener Messe ihre Prüfung über zweidienliche Arbeit und konsequente Realisierung des Tätigkeitsprogramms bestanden hat, wodurch sie ein Faktor geworden ist, der in unserem Wirtschaftsleben eine beträchtliche Rolle spielt.

Die Pofener Messe hat in ihrer 10jährigen Geschichte gute und schlechte Jahre gehabt. In besseren Jahren, wie zum Beispiel im Jahre 1928, imponierte sie sowohl durch die Anzahl der Aussteller als auch durch die Güte der ausgestellten Waren.

In schlechteren Jahren, wie z. B. im Jahre 1925, wo die Wirtschaftskrise die Existenz vieler Arbeitsstätten untergrub, hat die Pofener Messe die Möglichkeit gegeben, einen Einblick zu gewinnen in die Bedürfnisse der Industrie und des Handels. Indem sie die Lücken aufzeigte, machte sie auf die Notwendigkeit ihrer Ausfüllung aufmerksam.

Das Jubiläum der Messe ist gerade in eine Zeit gefallen, in der das Land unter ernsten wirtschaftlichen Erschütterungen leidet, wo es nicht viel Gebiete unserer Industrie gibt, die von der Krise nicht betroffen sind. Trotzdem findet die Pofener Messe wie sonst statt, indem sie eine große Reihe inländischer wie ausländischer Aussteller ver-

Berechnung der Naturalleistungen

Die Großpolnische Finanzkammer hat durch Beschluß vom 20. Februar 1930 die weiter unten stehenden Berechnungsnormen für die Naturalleistungen, die den Angestellten aus dem Dienstverhältnis zufließen, bestätigt. Bei der Berechnung der Einkommensteuer von Dienstgehalteten, Emerituren und Pensions sind sie zu den Barbezüge hinzuzurechnen.

1. Bei einem Einkommen bis zu 3400 Zloty jährlich:

- a) Wert der freien Wohnung monatlich 30 zł,
- b) Wert für freien Unterhalt monatlich 70 zł,
- c) Wert der freien Wohnung wöchentlich 6,93 Zloty,
- d) Wert des freien Unterhalts wöchentlich 16,16 Zloty.

2. Bei einem Einkommen über 3400 bis zu 5200 Zloty jährlich:

- a) Wert der freien Wohnung monatlich 35 zł,
- b) Wert des freien Unterhalts monatlich 85 Zloty,
- c) Wert der freien Wohnung wöchentlich 8,08 Zloty,
- d) Wert des freien Unterhalts 19,62 Zloty.

3. Bei einem Einkommen über 5200 bis 12000 Zloty jährlich:

- a) Wert der freien Wohnung monatlich 50 zł,
- b) Wert des freien Unterhalts 130 Zloty,
- c) Wert der freien Wohnung wöchentlich 11,54 Zloty,

Die Post- und Telegraphendirektion stellt fest

Auf Grund des Art. 12 des Pressgesetzes bittet uns die Post- und Telegraphendirektion um die Aufnahme folgender Berichtigung:

„Im Zusammenhang mit der im „Pofener Tageblatt“, Nr. 55 vom 8. März, veröffentlichten Notiz stellt die Post- und Telegraphendirektion nach durchgeführten Ermittlungen folgendes fest: Die Aufschriften auf den Briefkästen im Bereich des Bahnhofes in Lissa lauten nicht „Es wird 10 Minuten vor Abgang jeden Zuges geleert“, sondern „Es wird 10 Minuten vor Abgang jeder Post geleert“. Auch die angegebene Antwort, die dem Reklamanten von einem Postfunktionär erteilt wurde, daß „der Kasten nur einmal täglich geleert werde, selbst wenn auf dem Kasten außer der erwähnten Aufschrift noch vieles geschrieben“ ist, hat nicht stattgefunden, und die falsche Auslegung der Antwort konnte nur durch Unkenntnis der polnischen Sprache des betreffenden Reklamanten entstanden sein. Zugleich müßte die Direktion mit Bedauern zugeben, daß, wenn Tag und Stunde des Einwurfs der Briefe in den Kasten auf dem Bahnhof in Lissa der Wahrheit entsprechen, der Brief verspätet an seinen Bestimmungsort gelangt.“

Wer jedoch die Schuld daran trägt, daß der betreffende Brief zu spät abgeholt wurde, läßt sich nicht feststellen, weil der Briefumschlag fehlt.

Die Post- und Telegraphendirektion teilt zugleich mit, daß sie eine Änderung der jetzigen Aufschriften auf den Briefkästen in Stunden angeordnet hat, zu denen diese Kasten tatsächlich geleert werden, und daß die Hoffnung, daß sie auf diese Weise künftigen Mißverständnissen vorbeugt hat, so daß kein Grund mehr zu Klagen sein wird.“

Wir haben dieser Berichtigung nichts weiter beifügen als die oft schon gezeigte Anerkennung, daß die Post- und Telegraphendirektion wenigstens in unserem Gebiet mit Erfolg bemüht ist, alle Mängel abzustellen und für eine exakte und zuverlässige Erledigung ihrer Aufgaben Sorge zu tragen. Wenn wir den einen oder anderen Mangel, der uns bekannt wurde, herausheben, so geschieht das nur, um die Post in ihrem steten Bemühen, die best verwaltete Behörde zu sein, zu unterstützen.

Warum werden mehr Knaben als Mädchen geboren?

Die Statistiken aller Länder zeigen, daß nach Kriegen stets mehr Knaben als Mädchen geboren werden. Man erklärte bisher diese feststehende Tatsache einfach damit, daß die Natur — während des Krieges kommen ja fast nur Männer um —

einigt. Denn eine Messe, die auf gesunde Grundlagen gestützt ist, hat die Eigenschaft, daß sie selbst in Augenblicken wirtschaftlichen Niederganges den Ausstellern Nutzen bringt. Die polnische Industrie und der Handel sind sich dessen bewußt und nehmen deshalb ausgiebig an der diesjährigen Messe teil. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß auch die diesjährige Jubiläumsmesse ihre Aufgabe erfüllen wird zum Nutzen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft des Staates, indem sie die Wirtschaftskrise mildert.“

Hoffentlich gehen Herrn Ratajskis Hoffnungen in Bezug auf die Heilwirkung der Pofener Messe in Erfüllung.

Stattturnier

g. Tarnowo, Kr. Posen-West. Am vergangenen Sonntag hatten sich im großen Saale des Herrn Jengler viele Statfreunde polnischer und deutscher Nationalität brüderlich zu einem Preis-Stattturnier zusammengefunden. Um 3 Uhr nachmittags begann der eifrige Wettbewerb um 14 zum Teil sehr wertvolle Preise. Den 1. Preis, eine wertvolle Bronze-Standuhr, errang Herr Gastwirt Reinhold Jaenisch aus Kuslin; den 2. Preis, mehrere kunstvolle Baken, Herr Karl Stranz aus Duzniki; den 3. Preis, mehrere große Spiegeltarpen, Herr Bäckermeister Paul Breßel aus Kuslin; weitere Preise erhielten: Herr Fleischermeister Adolf Breßel aus Bytin, Herr J. Stranz aus Duzniki usw. Das Turnier nahm einen sehr harmonischen Verlauf.

Kaufen Sie Waschseife nur nach Gewicht und Sie werden sofort feststellen, daß die

ausgetrocknete

Reger-Seife

die billigste Waschseife ist.

der fraglichen Tierart den Luxus zahlreicher Nachkommen gestatten. Deshalb haben wir in guten Zeiten das Ueberwiegen von Weibchen und damit automatisch eine Steigerung der Geburtenziffer.

Diese Regel finden wir bei allen Lebewesen bestätigt, sie hat auch für das Menschengeschlecht Gültigkeit.

Doppelte Todesstrafe vom Appellationsgericht bestätigt

em. Posen, 20. April. Vor dem Appellationsgericht unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Dr. Krupnick begann gestern um 10½ Uhr vormittags die Verhandlung gegen den Arbeiter Hugo Sulz aus Piotrowo, Kreis Schubin, in der Berufungsinstanz. Sulz war am 6. Februar d. J. vom Landgericht Bromberg wegen Mordes zweimal zum Tode verurteilt worden.

Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Koniczn. Die Verteidigung liegt in den Händen des Gerichtsapplikanten Serjczew.

Dem Angeklagten, der erst 27 Jahre zählt, wird zur Last gelegt, in der Nacht vom 17. zum 18. April v. J. in dem benachbarten Dorfe Weronika, Kreis Schubin, den 73jährigen Landwirt Julius Wutte und dessen 37jährige Ehefrau Frieda ermordet zu haben.

Am 18. April v. J. frühmorgens wurden die Eheleute Wutte auf ihrem Gehöft ermordet vorgefunden, wovon sofort die Polizei benachrichtigt wurde. Der aus Posen zur Verfügung gestellte Polizeihund nahm sofort die Spur nach dem Gehöft des Sulz auf, wo man auch blutbefleckte Sachen im Ofen und im Wasserkübel vorfand.

Der Angeklagte gab schließlich die Tat zu. Er will gemeinshaftlich mit einem Szcepani einen Diebstahl ausgeführt haben, wobei er von Wutte erwischt und geschlagen wurde. In der Notwehr will er zuerst Wutte und dann die Ehefrau erstochen haben.

Daß der Angeklagte den Mordplan vorher durchdacht hatte, geht daraus hervor, daß er in der trübsamen Nacht an das Fenster Wuttes klopfte und die Eheleute aus dem Zimmer mit dem Bemerkten „Die Kuh kalbt“ herauslockte. Als der 73jährige Wutte heraustrat, stach ihn der Angeklagte mit einem Messer nieder. Dem gleichen Schicksal erlag seine Ehefrau Frieda. Als die beiden schon tot am Boden lagen, zertrümmerte er ihnen mit einem Stein die Schädeldecke und das Gesicht.

Die als Zeugin vernommene Mutter des Angeklagten sagt aus, daß ihr Sohn ihr den Mord sofort eingestanden hat. Auch dem Untersuchungsgefangenen Robert Braun hat der Angeklagte den Mord geschwiebert.

Nach der Beweisaufnahme beantragt der Staatsanwalt Aufrechterhaltung des Urteils erster Instanz, da genügend Beweise für den vorsätzlichen Mord des Angeklagten vorliegen.

Der Verteidiger vertritt in seiner glänzenden Verteidigungsrede den ganzen Sachverhalt als Einbruchdiebstahl hinzustellen, bei welchem der Angeklagte auf ein Hindernis traf, das er beseitigte. Die Ehefrau habe er ohne Ueberlegung getötet. Der Verteidiger bat um mildere Bestrafung des Angeklagten auf Grund der §§ 212 oder 214.

Nach längerer Beratung verkündet das Gericht nachstehendes Urteil:

Der Angeklagte wird für schuldig befunden und nach dem § 211 zweimal zum Tode verurteilt. Der Angeklagte legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

Letzte Frühjahrsauktion der Danziger Herdbuch- u. Schweinezüchtungsgesellschaft

Am 6. und 7. Mai findet in Danzig die letzte Auktion der Auktionsperiode 1930/31 statt. Bis jetzt sind angemeldet 135 Bullen, 120 Kühe, 360 Färsen und 45 Zuchtweine. Da vor September keine Auktion stattfindet, wird Interessenten empfohlen, etwaigen Bedarf jetzt zu decken. Die Auktion ist erfahrungsgemäß immer mit sehr gutem weiblichen Material besetzt. Ein Einfuhrerlaubnis des Landwirtschaftsministeriums Warschau liegt vor, und die Käufer brauchen sich um diese Genehmigung nicht mehr zu bemühen. Sämtliche Tiere sind gesund und reell. Die Verablung besorgt das Büro. Zuchttiere nach Polen erhalten 50 Prozent Frachtermäßigung. Zloty werden in Zahlung genommen. Beileiter auf Wunsch gestellt. — Kataloge und Anschläge über alles Wissenswerte verleiht die Danziger Herdbuchgesellschaft, Danzig, Sandgrube 21.

Riesendiebstahl in Biala

In das Büro der Wollischen Kammgarnfabrik in Biala drangen am Sonnabend unbekannte Täter ein und entwendeten, nachdem sie die Kasse aufgedrückt hatten, etwa 10000 Zloty und Stempel auf die Summe von 300 Zloty. Auf den je verfolgenden Schutzmännern gaben sie einige Revolverkugeln ab, die der Schutzmann erwiderte. Infolge der Dunkelheit gingen aber die Schüsse fehl. Eine Untersuchung ist im Gange.

Stadtverordnetenwahlen in Kolmar

Pyrrrhussieg der Regierungsartei — Eigenartige Haltung der Leitung der Steingutfabrik — Werden die staatlichen Behörden nach Rogasen verlegt?

to. Kolmar, 20. April. Die am Sonntag, dem 19. d. Mts., vollzogenen Stadtverordnetenwahlen haben der Regierungspartei erhebliche Vorteile auf Kosten der bisherigen Parteien gebracht. Die fünf vereinigten Listen dieser Partei errangen 8 Mandate, gegen bisher 3, die Nationaldemokratie, welche ihre Liste mit der sozialistischen Liste verbunden hatte, errang 5 Mandate (bisher 7), die Sozialisten errangen 7 Mandate (bisher 8) und die deutsche Partei 4 Mandate (bisher 6). Von den vereinigten Listen der Regierungspartei entfielen 2 Mandate auf die wirtschaftl. B.-Partei, 2 auf die Liste der Porzellanfabrik und 4 auf die Liste der Steingutfabrik. Die Liste des Mittelstandes und diejenige der Invaliden erhielten kein Mandat.

Der auffallende Erfolg der Liste der Steingutfabrik, in der rund 500 Arbeiter beschäftigt werden, und auf die 422 Stimmen abgegeben wurden, ist auf das rigorose Vorgehen der Fabrikleitung zurückzuführen, die den Arbeitern die Entlassung angedroht hat, falls sie nicht ihrer Wahlpflicht für die Liste genügen würden. Infolgedessen sind auch die deutschen Stimmen von 658 bei der letzten Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 auf 606 zurückgegangen, und hierdurch, hauptsächlich aber durch die Verbindung der gegnerischen Listen, ist der Verlust von zwei deutschen Mandaten entstanden. Besonders auffallend ist die Verbindung der nationaldemokratischen mit der sozialistischen Liste. Nach der letzten Stadtverordnetenwahl haben die

Nationaldemokraten die Sozialisten außerordentlich bekämpft und im Verein mit den drei Leuten der Regierungspartei die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in die Wege geleitet — und jetzt gehen beide Parteien Hand in Hand. Im neuen Stadtparlament stehen nun 7 sozialistische und 5 nationaldemokratische, also 12 Stimmen, der Regierungspartei mit 8 Stimmen gegenüber. Die Regierungspartei ist also in der Minderheit, und es ist nicht anzunehmen, daß der Ausfall der Wahl den Wünschen der Regierung entspricht, deren Erfüllung der Stator in einer Wahlversammlung von der Bürgerchaft gefordert hat, wenn die Bürgerchaft sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, daß die staatlichen Behörden nach Rogasen, Kreis Obornik, verlegt werden würden. Wird nun die Verlegung erfolgen oder wird mit einer nochmaligen Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu rechnen sein? Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent. Die Wahl verlief ruhig; auffallende Wahlpropaganda betrieb nur die nationaldemokratische Partei. Eine von sozialistischer Seite herausgegebene Wahlzeitung verunglimpfte die Regierungspartei und die einzelnen Mitglieder derselben recht heftig. U. a. war zu lesen, daß der hiesige Bürgermeister im letzten Jahre ein städtisches Einkommen von 21 435 Zloty bezogen habe, während für Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt, für öffentliche Anlagen usw. nur Bruchteile dieser Summe ausgegeben worden sind. Die deutsche und nationaldemokratische Partei waren in dieser Zeitung nicht erwähnt.

Geheimnisvoller Leichenfund bei Lemberg

Ein Leichnam ohne Kopf

Am 13. April d. J. brachte der Hund des Forstjägers Bilszka aus Wjola bei Lemberg aus dem Walde eine Menschenhand zurück. Der Forsthüter meldete dies der Polizei in Janów. Trotz der sofortigen Erhebungen fand man zunächst nichts. Erst nach zwei Tagen gelang es mit Hilfe von Polizeihunden die Leiche eines jungen Mannes zu finden. Die Leiche war ohne Kopf, auch fehlte die linke Hand. Die Gerichtscommission stellte fest, daß die fehlende Hand von einem Hunde abgebissen worden war. Es war dieselbe, welche der Hund des Forsthüters gebracht hatte. Die Leiche lag in einem Waldgraben an schattiger Stelle. Dort liegt auch noch infolge des Schattens viel Schnee. Unter dem Schnee befand sich der Leichnam. Wie lange der Tote dort lag, ließ sich nicht feststellen, weil die Kälte des schat-

tigen Ortes den Verwesungsprozeß aufhielt. Das Alter der Leiche wurde auf 16—20 Jahre geschätzt. Der Körper steckte in Arbeiterkleidung, jedoch sind die Hände und Finger wohlgepflegt, daher liegt die Vermutung nahe, daß die Leiche der Leiche absichtlich in Arbeiterkleidung steckte, um die Nachforschungen zu erschweren. Aus diesem Grunde haben sie jedenfalls auch den Kopf abgetrennt. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, Licht in die dunkle Affäre zu bringen. Bei der Leiche wurden nicht die geringsten Dokumente gefunden. Es scheint sich hier um einen politischen Mord zu handeln. Vor einem Jahre haben die Kommunisten in Lemberg ihren Parteigenossen Wolska u. s. getötet und in den Brestem geworfen, weil er ein Polizeispion sein sollte. Es ist möglich, daß hier ein ähnlicher Fall vorliegt.

auf den Wiesen noch keine Nahrung finden und erscheinen oft auf den Gehöften bei Abfütterung des Geflügels.

Weihenhöhe

d. Die Größe des Wirtschaftselements zeigt auch die Zahl der Aufträge, die dem Gerichtsvollzieher zur zwangsweisen Eintreibung übergeben werden. Wie verlautet, soll die Zahl für unsere Ortschaft sich allein auf circa 200 belaufen.

Wirtsh

d. Seine Verletzung bekam vor einiger Zeit der hiesige Gerichtsvollzieher. In seiner Stelle trat der Beamte Sikorski aus dem Kreise Jarocin. Seiner harzt eine gewaltige Aufgabe, da, wie man spricht, circa 900 rückständige Sachen zur Erledigung noch auf ihn warten, nicht gerechnet die täglich neu hinzukommenden Akten.

d. Unverantwortlichkeit. Ein neuer Ansebler aus Galizien, den man seinerzeit auf eine frische Stelle anstellte und welcher sonst keine Barmittel besaß, brachte es fertig, in kurzer Zeit circa 30 ungedeckte Wechsel in verschiedener Höhe unterzubringen. Als der Tag der Auslösung kam, war er sehr verwundert, daß man jetzt das Geld von ihm verlangte. Naturgemäß ging ein Abschnitt nach dem andern zu Protest und der Gerichtsvollzieher kann sich jetzt mit dem Fall befassen. Großen Erfolg wird er kaum haben. Der Mann wohnt mit seiner Familie von sieben Köpfen in notdürftig eingerichteten zwei Zimmern. Die Gebäude, welche seinerzeit in Eile aufgebaut wurden, stehen heute noch so da und gehören dem Staat. Die geschädigten Kaufleute können ihre Ware ausbuchen. Leider gibt es noch kein wirksames Mittel heute, um derlei Betrug von ungedeckten Wechseln unschädlich zu machen.

d. Umfassender. Die Anforderung der Umschlagsteuer für das Jahr 1930, womit die einzelnen Gewerbetreibenden jetzt beglückt wurden, zeigt deutlich, daß die Behörden gewillt sind, noch die wenigen Existenzen in ihrer Erhaltung empfindlich zu bedrohen. Man spricht davon, daß die Veranlagungen in den meisten Fällen viel zu hoch sind, und daß außerdem Reklamationen sofort wie gar nicht berücksichtigt werden, daß im Gegenteil diesmal eine besondere Schärfe bei Eintreibung dieser Steuern angewandt werden soll. Die Folge davon wird wohl sein, daß die Betrüger, welche nicht von selbst schließe, durch den Gerichtsvollzieher zur Einstellung ihrer Betriebe gezwungen werden.

Rogasen

pr. Die hiesige Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe hielt am Sonnabend bei Tonn eine Versammlung ab, in der Herr Dr. Koll aus Posen über Testamente, Vererbung und Ueberlassungen sowie über Aufwertungsfragen sprach. Die rege Aussprache zeigte, daß die Ausführungen das nötige Verständnis gefunden hatten. Es wurde dann noch die Frage der Einrichtung einer Buchführungsstelle besprochen und beschlossen, die Bezirksregierung in Kolmar am 26. April möglichst zahlreich zu befragen.

pr. Am Sonnabend fand im Hotel Tonn die Generalversammlung der Viehverwertungsgenossenschaft Rogasen statt unter Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates Gutsbesitzer Georg Krüger-Ruda. Einen kurzen Ueberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr gab der Vorsitzende des Vorstandes Feldmann, worauf der Verbandsrevisor Schächten vom Verbande deutscher Genossenschaften mit den nötigen Erläuterungen Revisionsbericht, Bilanz und Geschäftsbericht bekanntgab. Die Verteilung des Reingewinns wurde einstimmig nach dem Vorschlage von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, wobei 10 Prozent Dividende auf die Geschäftsanteile berechnet werden. Durch Auslosung schieden aus dem Aufsichtsrat aus: Pirscher-Rogasen und Steinke-Holländerdorf. Beide wurden einstimmig wiedergewählt.

Czarnikau

ekb. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Musikmeister Joh. Warne im Saale des Herrn Bilicki eine Theateraufführung in Gemblitz, an die sich ein Tanztränzchen anschloß. Trotz dem ungünstigen Wetter waren doch Gäste aus der

Umgebung so zahlreich erschienen, daß der Saal überfüllt war. Es wurden drei Einakter zu Gehör gebracht, von denen namentlich „Der Klapperstorch“ flott gespielt wurde und viel Beifall erntete. Zum Schluß trug Herr A. Warne-Czarnikau ein selbstverfaßtes Couplet vor.

ekb. Am 12. d. Mts. veranstaltete der evangelische Kirchenchor zu Welnau im Freien Saale eine Feier, an der die evangelische Bevölkerung regen Anteil nahm. Die Feier wurde durch ein gemeinsam gesungenes Kirchenlied eingeleitet. Darauf begrüßte Pfarrer Krüger im Namen des Kirchenchores die Anwesenden. Lieber und Aufführungen verschönten die Feier.

Birnbaum

w. Viehmarkt. Der Viehmarkt am Dienstag war sehr schwach besucht, da der Auftrieb von Rindvieh und Schweinen verboten war. Noch nicht fünf Pferde waren da, da viele Verkäufer des zu hohen Standpreises wegen ihre Pferde so verhandelt.

w. Generalversammlung. Am Donnerstag fand im Hotel Bristol die Generalversammlung der hiesigen Bank Ludowig statt. Nach fünfstündiger, sehr stürmischer Debatte wurden die vom Vorstand vorgeschlagenen Punkte angenommen und der bisherige Vorstand wiedergewählt. Auch hier zeigte sich wieder einmal, daß viele Mitglieder derartiger Unternehmen Sachlichkeit ganz vermissen lassen und durch persönliche Angriffe gegen die leitenden Personen der Allgemeinheit nur schaden.

w. Vorstandswahl. An Stelle des verstorbenen Herrn Dalbfermeyer wurde in der Aufsichtsratswahl der hiesigen Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereins Herr Gutsbesitzer Fritz Stenzel, Kolno-Mühle, in den Vorstand der Genossenschaft gewählt.

Bedeutende Schadenfeuer in der Wojewodschaft

X. Samter. Am 20. April entstand beim Landwirt Otto Helgen ein Feuer, dem die Scheune mit 50 Wagen Stroh und zahlreichen landwirtschaftlichen Geräten im Gesamtwerte von 20 000 Zloty zum Opfer fiel. Für den Schaden kommt die Versicherung auf, doch wird vermutet, daß Brandstiftung vorliegt.

X. Schubert. In Mamlicz entstand bei der Witwe Popiolla ein Brand, der Holzschuppen, Scheune, Stall und landwirtschaftliche Geräte einäscherte. Die Ursache ist unbekannt. Der Wert des Schadens wird auf 20 000 Zloty geschätzt.

X. Wronkowitz. Ein bedeutendes Schadenfeuer bei dem Landwirt Kijom in Szegobrowo vernichtete eine Scheune, einen Pferdestall, zwei Schuppen und landwirtschaftliche Geräte. Der Schaden beläuft sich auf 45 000 Zloty, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Rawitsch

Der Verein junger Mädchen veranstaltete am vergangenen Sonntagabend im Saale der Loge einen Unterhaltungsabend, der außer den Angehörigen von vielen Freunden der Jugend besucht war. Es war sicherlich eine große Freude für den Verein und besonders für dessen verdienstvolle Leiterin, Frau Gertrud Vinz, in dem bis zum letzten Plätzchen gefüllten Saale die rege Teilnahme für die christliche Jugendbewegung erkennen zu können. Das Gebotene war für unsere gewohnten Verhältnisse zum Teil neu, zeitigte jedoch den schönsten Erfolg. Deklamationen und Reigen, Sprechspiele, die wir zum ersten Mal hörten, frisch-fröhliche Gefänge, ernste Choräle wechselten ab. Besonders die heiteren Lieder, in neuer Kanonform gesungen, bereiteten viel Vergnügen. Es würde zu weit führen, all das Schöne aufzuzählen. Wir sind dankbar für den Abend, besonders aber dafür, daß wieder gezeigt wurde, wie fröhlich unsere christliche Jugend ist und wie viel Freude sie durch ihren Frohsinn bereiten kann.

Gostyn

P. Vorläufig wird nicht gepumpt! Aus dem Garten der hiesigen Eisenhandlung J. Kantorowicz, Nachfolger Dzieduchowicz am Markte ist dieser Tage die Wasserpumpe abmontiert und gestohlen worden.

Kempn

gr. Diebstahl. Nachts drangen Diebe in die Turnhalle des hiesigen Gymnasiums und schnitten das Leder vom Bodgerät ab. Wahrscheinlich hatten sie es auf das Leder des viel größeren Pferdes abgesehen, welcher aber in einer besonderen Kammer eingeschlossen war. — In Neudorf wurden dem Landwirt Antoni Patrzak nachts zwei junge Pferde aus dem Stalle gestohlen. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

gr. Verführung. In die 13jährige Marianna Wlanowska aus Rzetnia, Kreis Kempn. Am Freitag, dem 10. April, ist sie nachmittags von Hause weggegangen und bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Die Vermisste war ungefähr 1,40 m groß, hat volle Figur, dunkelblondes Haar und hatte einen dunkelbraunen Mantel mit grauem Lammfell befestigt an. Auf dem Kopfe hatte sie eine rote Mütze, an den Füßen schwarze Halbschuhe.

Geschäftliche Mitteilungen

Die ersten schönen Tage zwischen Winter und Frühjahr sind die gefährlichsten. Grippe, Hals- und Mandelentzündungen sowie andere Erkältungskrankheiten stellen sich meist ein. Dem beugt man am besten dadurch vor, daß man täglich einige Panlavin-Pastillen im Munde zergehen läßt, denn Panlavin-Pastillen desinfizieren Mund- und Rachenhöhle und lassen so Krankheitskeime nicht aufkommen. Durch ihren Wohlgeschmack sind Panlavin-Pastillen auch bei Kindern sehr beliebt. Panlavin-Pastillen sind in allen Apotheken erhältlich.

Wie erhalte ich meine körperlichen und geistigen Kräfte? Ueber diese wichtigste aller Lebensfragen erhalten Sie Antwort und Aufschluß und dazu noch eine Probebotschaft von Dr. med. H. Schulze-Fregalin völlig kostenlos und unverbindlich. Wir verweisen auf das Inserat in dieser Nummer. Lesen Sie dasselbe in Ihrem Interesse genauestens und schreiben Sie noch heute an Dr. med. H. Schulze-Fregalin, Berlin-Charlottenburg 2.

Zum Preisausschreiben!

Die Sichtung der Einsendungen hat die Redaktion während der ganzen Dauer der verflossenen Woche beschäftigt. Infolge der über Erwarten großen Anzahl der eingegangenen Antworten ist die Aufgabe des Preisgerichtes keine leichte, um so mehr, als weitaus der größte Teil der Einsendungen sachlich begründete und ernstzunehmende Urteile und Anregungen enthält. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Ergebnisse des Preisausschreibens für das „Posener Tageblatt“ außerordentlich wertvoll sind, da die Redaktion durch sie Stimmung und Wünsche der Leser kennengelernt hat; wir werden nicht verfehlen, uns mit den geäußerten Urteilen auseinanderzusetzen und die Wünsche unserer Leserschaft nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Einstweilen danken wir allen Einsendern herzlich für das durch die Teilnahme am Preisausschreiben bewiesene Interesse und geben bekannt, daß die Verteilung der Preise, wie vorgesehen, am Sonnabend, dem 25. des Mts., bekanntgegeben werden wird.

Die Redaktion.

Bromberg

az. Mozart-Abend. Die sich regelmäßig wiederholenden deutschen Abende im Zivill Kasino haben die Aufgabe, der deutschen Bevölkerung die Schätze deutscher Dichtkunst und deutscher Musik nahezubringen. Das Programm des Deutschen Abends am vergangenen Freitag umfaßte Mozart als Vierter- und Klavierkomponist. Die Umrahmung gaben Willi Damaschke und Hans Klemenz mit schönen und eindrucksvollen Worten zur Ehre des Tonkünstlers. Die Sopranistin Renate Henzell brachte mit ihrer leichten Stimme die Mozartschen Lieder so recht zur Geltung, und Georg Jaedicke, der sie begleitete, zeigte, daß er nicht nur ein ausgezeichneter Orgelvirtuose, sondern auch ein Künstler auf dem Klavier ist. Die Pianistin Mine Matus-Posen verdiente volle Beachtung. Auch die beiden Mozartlieder des Gauerbandes Deutscher Männergesangsvereine ernteten wohlverdienten Beifall des gut besetzten Saales.

az. Schieberei zwischen Wirt und Gästen. In der überlärmtesten Kneipe in der Artur Grotzger-Straße (am Hafen) kam es vor einigen Tagen zu Streitigkeiten zwischen dem Wirt und seinen Gästen, die die Rechnung nicht bezahlen wollten. Der Streik nahm immer schärfere Formen an und artete in ein Handgemenge aus, wobei plötzlich ein Schuß fiel, der die unbeteiligte Genossin Koromowitsa traf. Sie wurde in bedenklichem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht.

Inowroclaw

z. Wieder Zwangsversteigerungen. Das Städtische Exekutionsamt Inowroclaw wird am Freitag, dem 24. d. Mts., vormittags 10½ Uhr auf dem Targowisko meistbietend gegen sofortige Bezahlung folgende Sachen versteigern: 1 Büfetschrank, 2 Tische, 12 Stühle, 1 Schuhmachermaschine, 3 Spiegel, 1 Chaiselongue, 1 Radioapparat, 2 Sofas, 1 runden Tisch, 1 Britische (Einspänner), 1 Ladeneinrichtung, 1 Tisch, 1 Repostorium, 2 Schreibtische, 250 Stid Schichtleise, 1 Alabier, 1 Schreibmaschine „Underwood“, 1 Sofa und 2 Sessel mit Lederbezug, 1 Uhr, 50 Herrenanzüge, 2 Teppiche, 3 Nähmaschinen, 1 Büfett, 5 Sessel, 1 elektrische Lampe, 100 Damen-Sweaters, 15 Dugend Strümpfe, 10 Dugend Herrenhüte, 200 Damenhüte, 1 Wagen, 1 Standuhr, 1 Schrank, 7 Flaschen Cognat, 70 Flaschen verschiedenen Weines, 3 Flaschen.

Nekthal

d. Maul- und Klauenseuche. Das Gebiet dieser Seuche ist in ein Beobachtungsgebiet verwandelt worden, und man rechnet damit, daß in Kürze auch dieses aufgehoben wird, so daß der freie Handel mit Schweinen und Rindern ohne jedesmalige besondere Untersuchung wieder hergestellt sein wird.

d. Die ersten Störche. Viele Störche, die ihr altes Heim wieder bezogen haben, sind vor Kälte und Hunger umgekommen. Andere können

Waldlauf des Ruder-Verbandes Posen-Pommerellen

Bromberg, 20. April. Es ist nicht reines Privatvergnügen, sondern erfreulicherweise bereits Gemeingut aller ersten Rudervereine geworden, die Wintermonate nicht nur durch Ruderübungen, sondern durch möglichst abwechslungsreiche Ergänzungs- und Ausgleichsübungen auszufüllen. Wir deutschen Ruderer in Polen können diese Ergänzungsübungen leider nur auf wenige Arten beschränken: Turnen, Laufen, Gymnastik. Trotz der Einsicht der meisten Ruderer gibt es leider immer noch einige Vereine und auch maßgebende Leute in deren Leitung, die sich von dem alten Grundsatz nicht freimachen können, daß die beste Ergänzungsübung für das Rudern eben rudern sei und von Laufen usw. nichts wissen wollen.

Die umsichtige und wirklich rührige Leitung des Ruderverbandes Posen-Pommerellen hat sich aber durch alle diese Äußerungen nicht beeinflussen lassen und veranstaltete am Sonntag, dem 19. April, für alle acht dem Verbande angeschlossenen Vereine ihren zweiten Waldlauf. Bereits im zweiten Jahre konnten wir feststellen, daß die Ansicht derer, die Ergänzungsübungen für den Ruderer für nötig halten, im Wachsen begriffen ist. Frithjof-Bromberg, Germania-Posen und Ruder-Verein Thorn, die ersten beiden außerdem noch mit ihrer Jugendbrigade, waren mit insgesamt 25 Ruderern vertreten.

Das Wetter war der Veranstaltung denkbar günstig. Heiterer Himmel, ein leichter Schiebewind und eine wirklich einwandfreie und ebene Strecke waren annehmbare Begleitumstände. Die erhebliche Zahl der Zuschauer dürfte ein Zeichen dafür sein, daß mit diesem Schritt in die Öffentlichkeit eine starke Werberwirkung verbunden ist. Die Organisation war straff aufgezogen und klappte vorzüglich. Der Männerturnverein Brom-

berg, der zu den Ruderern die besten freundschaftlichen Beziehungen unterhält, stellte auch in diesem Jahre den Starter und den Zielrichter. Die Strecke war vorbildlich abgesteckt und ein Fehllaufen unmöglich. Besonders erfreulich war die Tatsache, daß sämtliche Läufer das Ziel passierten, trotzdem die Strecke für die Hauptklasse 6500 Meter und für die Jugendklasse 4500 Meter betrug. Die gelaufenen Zeiten waren sehr guter Durchschnitt. Die Läufer zeigten nur geringe Spuren von Ermüdung. Wir wünschen und hoffen, daß diese Veranstaltungen sich bald zu beachtenswerter Höhe aufschwingen, damit die Leitung des Verbandes ihre wirklich großen Bemühungen durch den Erfolg belohnt sieht: Alle dem Verband angeschlossenen Vereine werden im nächsten Jahre am Waldlauf teilnehmen.

Die Ergebnisse waren:

Hauptklasse (6500 Meter):

A. Einzellauf: 1. Richard Wagner (R.C. Frithjof-Bromberg) 24,40%, 2. Werner Nitz (R.V. Germania-Posen) 24,43%, 3. Eugen Kiekmann (R.V. Germania-Posen) 24,52%.

B. Mannschafslauf: 1. Ruderverein Germania-Posen (Hahn, Nitz, E. Kiekmann), 2. Ruderverein Germania-Posen (Stich, Rodatz, Kiekmann), 3. R.C. Frithjof-Bromberg (Jeske, Hammler, A. Schmidt).

Jugendklasse (4500 Meter):

A. Einzellauf: 1. Egon Quenser (R.C. Frithjof-Bromberg) 17,04%, 2. Georg Kiekmann (R.V. Germania-Posen) 17,44, 3. Hills (R.C. Frithjof-Bromberg) 17,46.

Die polnische Rechtspredung zur Aufwertung von Kestlaufgeldhypothenen

Die polnische Aufwertungsverordnung vom 14. Mai 1924 sieht für verschiedene Forderungen, wie Darlehensforderungen, Hypothekenforderungen usw., feste Maßstäbe vor, die nur in ganz bestimmten Fällen überschritten werden können. Für alle nicht im Gesetz irgendwie geregelten Forderungen findet eine freie Aufwertung statt, für die kein festes Aufwertungsmaß vorgeschrieben ist, die aber die in den §§ 28 und 29 des Aufwertungsgesetzes aufgeführten allgemeinen Grundzüge zu berücksichtigen hat. Diese im Aufwertungsgeese enthaltenen allgemeinen Grundzüge sind nichts anderes als ein Niederlag allgemeiner Vertragsregeln, wie sie sich in den verschiedenen in Polen geltenden Gesetzbüchern finden. So findet sich hier der Grundsatz, daß nach Treu und Glauben bei der Erfüllung von Verbindlichkeiten auch bei der Aufwertung verfahren werden soll, ebenso, daß niemand sich durch die Geldwertung zum Schaden eines anderen bereichern soll. Ein fester Grundsatz ist auch der, daß die Vertragsteile selbst über den Umfang ihrer Verpflichtungen zu bestimmen haben, woraus sich die Folgerung ergibt, daß eine Aufwertung dort nicht stattfindet, wo die Parteien selbst eine Geldwertung vorhergesehen haben, etwa in der Vereinbarung des Sollarturles oder hoher Zinsen. Gleichwohl kann aber auch in solchen Fällen dennoch aufgewertet werden, wenn die Geldwertung die Erwartungen überschritten hat, wie das ja vielfach der Fall gewesen ist.

Einer auf diesen eben genannten Grundsätzen aufgebauten freien Aufwertung unterliegen die Kestlaufpreisforderungen. Voraussetzung allerdings für die Anwendbarkeit der Vorschriften über die Aufwertung eines Kestlaufpreises nach § 29, Buchst. a, der Aufwertungsverordnung ist der Umstand, daß der Schuldner noch Eigentümer der gekauften Sache ist, da gerade der gegenwärtige Wert der Sache einen Anhaltspunkt dafür geben soll, in welchem Umfange das Vermögen des Schuldners eine Aufwertung auszubilden vermag. Ist dies nicht der Fall, so hängt die Aufwertung des Kaufpreises davon ab, wie der Schuldner selbst der Geldwertung entgegen ist und das Geld angelegt ist. Keinen Einfluß auf die erhöhte Aufwertung von Kestlaufgeldern hat dagegen die Abtretung der Forderung an einen anderen Gläubiger.

Eine volle Aufwertung bis zu 100 Prozent, d. h. bis zu dem Betrag, der dem Wert der betreffenden Summe auf Zloty umgerechnet nach der in § 2 befindlichen Skala ergibt, wird meistens nicht gerechtfertigt sein, weil bei größeren Objekten der Wert oft nicht in dem Maße der Geldwertung gestiegen ist. Nach dem Stande der polnischen Rechtspredung soll deshalb auch nur das Verhältnis des Grundstückswertes zur Zeit des Vertragsschlusses zum gegenwärtigen Wert für die Höhe der Aufwertung maßgebend sein. Der vereinbarte Kaufpreis wird als der Wert des Grundstückes zur Zeit des Vertragsschlusses angesehen, darauf werden etwaige Wertveränderungen, die an dem Grundstück in der Zwischenzeit entstanden sind, ermittelt, und nach dem so festgestellten Wertverhältnis wird der Kaufpreis in den vom § 4 der Aufwertungsverordnung festgestellten Grenzen aufgewertet. Nur dann ist der gegenwärtige Kaufpreis des verkauften Gegenstandes nicht als maßgeblich für die Aufwertung und ihre Höhe anzusehen, wenn er in außergewöhnlicher Weise infolge von außer-

gewöhnlichen Umständen vom normalen Wert des Grundstückes abweicht (vgl. Hanlitz, Die Rechtspredung zum polnischen Aufwertungsrecht, S. 32).

Ueber die Wertveränderungen und deren Berücksichtigung bei der Aufwertung von Kestlaufgeldern sind nach verschiedenen Richtungen hin Entscheidungen des Obersten Gerichts ergangen. So können weder die gewöhnliche Abnutzung eines Gebäudes noch die Verteuerung des Geldes eine Herabsetzung der Aufwertung eines Kestlaufpreises begründen, andererseits können außer

Nachstehend geben wir eine zusammenfassende Darstellung der für das praktische Leben wesentlichen Bestimmungen und Gebühren, die das Gesetz über den Wegebau und die dazu erlassene Ausführungsbestimmung enthalten.

Die höchsten Webegebühren sind für mechanische Fahrzeuge zu entrichten. Die Höhe der Gebühr ist abhängig vom Eigengewicht des Gefährts und von seiner Bestimmung. Für Personen- oder Lastautos bzw. Traktoren, die für den Eigengebrauch bestimmt sind, müssen für jede 100 Kg. Eigengewicht bis zu 1500 Kg. jährlich 40 Zloty, für jede weiteren 100 Kg. über 1500 Kg. 50 Zloty jährlich entrichtet werden. Für die Personenautos der Fuhrhaltereien (przedsiebiorstwa przewozowe) sind für jede 100 Kg. 50 Zloty (jährlich) zu zahlen. Für Lastautos und Traktoren, die zu Erwerbszwecken unterhalten werden, sind bei einem Eigengewicht bis zu 1500 Kg. für jede 100 Kg. 60 Zloty, darüber 70 Zloty zu zahlen. Beimessen zu mechanischen Fahrzeugen kosten für jede 100 Kg. 50 Zloty. Für Motorräder ist eine Gebühr von 50 Zloty zu zahlen, Motorräder mit Weimagen und dreirädrige mechanische Fahrzeuge kosten 75 Zloty.

Ungefangene 100 Kg. werden bis zu 50 Kg. überhaupt nicht, über 50 Kg. dagegen als volle 100 Kg. berechnet.

Die Autos der Firmen „Urus“ (Typ A. und A. W.) und „Saurer“ (Typ B. L. D.) und die Motorräder „C. M. S.“ bis 1000 ccm bezahlen nur 40 Prozent der üblichen Gebühren.

Für mechanische Fahrzeuge und evtl. Weimagen mit Vollgummireifen erhöhen sich die genannten Gebühren um 25 Prozent, bei Rädern mit eisernen Reifen um 100 Prozent.

Eine Reihe von Ermäßigungen sind für gewisse Fahrzeuge der Militärbehörden vorgesehen. Befreit sind ausschließlich für landwirtschaftliche Zwecke bestimmte Traktoren, sofern sie nicht zum Transport von Lasten auf öffentlichen Wegen benutzt werden.

Zur Stempelgebühr bei Grundstückserwerb

Das Gesetz über die Stempelgebühren vom 1. Juli 1926 (Dz. U. 98/26, Pol. 570) besagt in Art. 12, Abs. 3: Wenn die Eigentumsübertragung ein Grundstück zum Gegenstand hat, das eine Landwirtschaft samt Zubehör bildet, so ist die gesetzliche Schätzung in einer Höhe anzunehmen, die neun Zehntel des vom Stempelzahler angegebenen Wertes der unbeweglichen Sache und des Zubehörs zusammen (Art. 6, 2 und Art. 13, 1) beträgt.

Aus obiger Vorschrift — in Verbindung mit Art. 1 des Stempelgebührengesetzes — geht hervor, daß die Voraussetzung für eine Anwendung der gesetzlichen Schätzung die „Eigentumsübertragung“ eines Grundstückes (das eine Landwirtschaft nebst Zubehör bildet) ist, und zwar durch einen Rechtsakt.

Wir haben es in diesem Falle mit einer Ausnahmevorschrift zu tun, die eng ausgelegt werden muß. Hätte der Gesetzgeber gewollt, daß diese Vorschrift auch dann in Kraft tritt, wenn das Eigentum an dem Grundstück und dem Zubehör durch verschiedene (mehrere) Verträge übertragen wird, hätte er das ausdrücklich im Gesetz festgesetzt.

Denn dem Gesetzgeber war es bekannt, daß keine Bestimmung des Stempelgebührengesetzes die vertretungsbefähigten Parteien in der Wahl der Art und Weise, in welcher sie das Eigentumsrecht an diesen Sachen übertragen wollen, beschränkt oder verhindert. Die Parteien können also durch besondere Rechtsakte die unbewegliche Sache und die beweglichen (die das Zubehör bilden) übertragen. Um so mehr, als es — falls es um das lebende oder tote Inventar und die Erzeugnisse geht — ja nur vom Willen des Eigentümers abhängt, ob er diesen beweglichen Sachen den Charakter der Abhängigkeit von dem Hauptobjekt geben, oder ob er diese wirtschaftliche Abhängigkeit lösen und die fraglichen Dinge als unbewegliche Sachen anseht, will, die in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu der unbeweglichen Sache stehen. Der Verkäufer kann ja auch dem Käufer der beweglichen Sachen nicht die Verpflichtung auferlegen, daß er diese Sachen in eine wirtschaftliche Abhängigkeit zu der gleichzeitig erworbenen Sache bringt. Der Erwerber kann diese Abhängigkeit herstellen, wenn das im Sinne seiner Wirtschaftspläne liegt. Er kann aber eben so gut diese beweglichen Sachen veräußern oder sie durch andere ersetzen.

Der Gesetzgeber hielt aber trotzdem den Grundsatz des Art. 1 — der Stempelgebühr unterliegenden Schriftstücke — für ausreichend (vom Standpunkt der Steuerbehörde aus gesehen). Damit stellte er in das Belieben der Parteien, ob diese einen Rechtsakt, das wirtschaftlich eine Einheit darstellt, durch eins, zwei oder gar mehrere Schriftstücke (Rechtsakte) erledigen wollen. Es ist infolgedessen keine Umgehung von Rechtsvorschriften, wenn die Parteien eine Form wählen, die in steuerlicher Hinsicht für sie günstiger ist.

der Wertveränderung des Kaufgegenstandes auch andere Umstände berücksichtigt werden, wie z. B. die verminderte Ertragsfähigkeit. Aufwendungen wiederum des Grundstückskäufers sind dann bei der Aufwertung des Kestlaufpreises nicht zu berücksichtigen, wenn sie nur für die laufenden Ausbesserungsarbeiten gemacht worden sind. Wenn das Grundstück zur Zeit der Zahlung des Kestlaufpreises einen höheren Wert hat als zur Zeit des Verkaufs, so muß natürlich demgemäß hoch aufgewertet werden, aber auch diese Höhe kann nicht den Betrag übersteigen, der in § 2 der Aufwertungsverordnung als Wert der betreffenden Marktlage, in Zloty umgerechnet, angegeben ist. Ebenso bildet die Vereinbarung eines niedrigeren Kaufpreises für sich allein noch keinen Grund für eine volle Aufwertung zu der in der Skala des § 2 angegebenen Höhe.

Die neuen Wegegebühren

Der Ministerrat kann diese Gebühren (freilich immer nur für ein volles Budgetjahr) im Verordnungswege ändern. Die Gebühren dürfen jedoch 55 Zloty für jede 100 Kg. der Personautos und 75 Zloty für 100 Kg. bei Lastautos nicht übersteigen.

Die Gebühren sind von dem Eigentümer des Fahrzeuges vierteljährlich im Voraus zu entrichten; für das gerade laufende Quartal wird nichts mehr bezahlt.

In Stadtgemeinden liegen Veranlagung zu diesen Gebühren und ihre Einziehung in der Hand der Gemeindeverwaltung. In Landgemeinden erfolgt die Veranlagung durch den Kreisaußschuß, die Einziehung durch die Gemeindeverwaltung. Berufungen gegen die Veranlagung zu den Wegegebühren müssen innerhalb von 14 Tagen (von dem auf die Zustellung des Zahlungsbefehles folgenden Tage an gerechnet) über die Einziehungsbehörden an den Bewohnen gerichtet werden, der endgültig entscheidet. Zu den Wegegebühren dürfen keinerlei Zuschläge erhoben werden.

Neben den bisher erwähnten Gebühren für mechanische Fahrzeuge, steht das Gesetz noch Gebühren von Fahrzeugen, die durch mechanische oder Pferdebefracht bewegt werden, vor, falls auf genau bestimmten Wegen außerhalb des ständigen Wohnortes des Fuhrwerkseigentümers zum gewerbsmäßigen Warentransport benutzt werden. Die Gebühr beträgt 3 Groschen pro Kilometer und Tonne. Außerdem ist als Gebühr ein Drittel des Preises der Fahrkarten für mechanische Fahrzeuge zu entrichten, ausgenommen bei Autobussen, die nur innerhalb einer Stadtgemeinde verkehren. — Die beiden letzten Gebühren können in Form von Pauschalsummen entrichtet werden.

Außerdem sieht das Gesetz eine Gebühr für Reklamen an Gebäuden und Zäunen längs öffentlicher Wege vor. Diese beträgt (außerhalb der Stadtgrenzen) 25 Zloty für einen Quadratmeter. Befreit sind die Reklamen, die von dem betr. Unternehmen auf eigenen Wänden gemacht wird.

Sachen“ nur der Grund und Boden und die mit ihm fest zusammenhängenden Gegenstände (Gebäude und vom Boden unlösliche Gewächse). Alle anderen Gegenstände, mögen sie auch auf Grund des (jeweilig in Frage kommenden) Zivilrechts eine „bestimmungsgemäß unbewegliche Sache“ (siehe oben) sein, werden vom Stempelgebührengesetz als bewegliche Sachen angesehen. Die in Art. 12, Abs. 3 vorgesehene gesetzliche Schätzung käme nur dann für sie in Frage, wenn die Übertragung des Eigentums an ihnen *acta iuxta* zusammen mit dem Zubehör stattgefunden hätte. Und das ist ja gerade nicht der Fall, da zwei Schriftstücke über dieses Rechtsgeschäft aufgelegt wurden.

Rechtspiegel

Verteidiger von Amts wegen

Ein vom Gerichtspräsidenten zur Verteidigung von Amts wegen bestellter Richter oder Referendar darf keine Schriftsätze anfertigen und unterschreiben, die (laut gesetzlicher Vorschrift) die Unterschrift eines Rechtsanwaltes verlangen.

Dieser Beschluß der verklärten (7 Richter) zweiten Kammer, Session 1 des Obersten Gerichts vom 20. Dezember 1930 (II 1 K. 579/30) ist in das Buch der Rechtsgrundsätze eingetragen worden.

Entschädigung bei fristloser Entlassung

Der Arbeitgeber, der ohne wichtigen Grund den Dienstvertrag mit einem Angestellten, der auf unbestimmte Zeit abgeschlossen war, auflöst, ist verpflichtet, dem Angestellten für den Monat, in dem der Vertrag aufgelöst wurde, und für weitere 3 Monate Entschädigung zu gewähren. Die Entschädigung muß in voller Höhe gewährt werden, d. h. sie muß alles umfassen, was der Angestellte haben würde, wenn der Vertrag nicht aufgelöst worden wäre. Besonders sind dem Angestellten die Tantiemen und Prämien zu zahlen, wenn sie im gegebenen Fall einen sicheren Bestandteil der festen Monatsentschädigung darstellen, ebenso hat der Angestellte auch einen Anspruch auf die in diese Zeit fallende Festzulage (Weihnachtsgratifikation), wenn in dem gegebenen Unternehmen der Brauch bestand, allen Angestellten Festzulagen zu gewähren. (Entscheid. d. O. G. v. 24. 1. 1930 I C. 1882/29.)

Die Forderung aus einem verjährten Wechsel

Falls eine Wechselklage verjährt — drei Jahre gegenüber Akzeptanten oder Ausstellern eines eigenen Wechsels, ein Jahr gegenüber Giranten und 6 Monate bei rückläufiger Heranziehung der Giranten — steht dem Besitzer des Wechsels auf Grund des polnischen Wechselgesetzes die gewöhnliche Klage wegen ungerechtfertigter Bereicherung gegen alle Personen zu, die den Wechsel unterschrieben haben.

In der schwierigen Frage des Beweises einer solchen ungerechtfertigten Bereicherung hat das Oberste Gericht in Warschau entschieden, daß ein solcher Beweis gegenüber dem Aussteller eines eigenen Wechsels oder dem Aussteller eines Akzeptanten eines gezogenen Wechsels die im Text des Wechsels vorhandene Wertbeständigkeitsklausel („Baluta in bar“, „Baluta in Ware“ usw.) ist.

Befanntlich verlangt das Wechselrecht eine derartige Wertbeständigkeitsklausel nicht. Der Wechsel ist eine abstrakte Verpflichtung, die von einer materiellen Unterlage unabhängig ist. Mit dem Augenblick jedoch, da diese Wertbeständigkeitsklausel im Text des Wechsels erscheint, ist die Unterschrift des Schuldners Beweis dafür, daß er die fragliche Summe erhielt, und auf dieser Grundlage hat er sich wegen ungerechtfertigter Bereicherung zu verantworten.

Wechselinasso und Wechselklage

Nach Art. 17 der Wechselordnung hat der Inlassovermerkt auf einem Wechsel die Bedeutung, daß derjenige, dem der Wechsel „zum Inlasso“ übergeben worden ist, als Bevollmächtigter des vorhergehenden Giranten aufzutreten und alle Rechte aus dem Wechsel ausüben kann. Der Inlassobevollmächtigte kann den Wechsel nicht weitergeben oder doch nur im Auftrage und als Bevollmächtigter eines Giranten. Streitig ist die Rechtslage, wenn ein Inlassovermerkt, der das Vertretungsverhältnis nach außen hin sichtbar macht, auf dem „zum Inlasso“ übergebenen Wechsel fehlt, vor allen Dingen nach der Richtung hin, ob bei diesem nach außen hin nicht erkennbaren Vertretungsverhältnis der zum Inlasso Bevollmächtigte zur Wechselklage legitimiert ist. Nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts in § 164 Abs. 2 B.-G.-B. wird derjenige, bei dem das Vertretungsverhältnis nach außen hin nicht erkennbar hervortritt, als im eigenen Namen handelnd angesehen, und er muß demgemäß die daraus entstehenden Rechtsfolgen gegen sich gelten lassen. Umgekehrt, könnte man folgern, muß auch er in der Lage sein, im eigenen Namen in solchen Fällen zu klagen. Das Oberste Gericht hat auch diese Folgerung in diesem Falle gezogen, wobei allerdings bei dem streng formellen Wechselrecht bestimmte wechselrechtliche Regeln zu beachten waren. Den ohne Wechselvermerk zum Inlasso Bevollmächtigten sieht das Oberste Gericht im Verhältnis zum Giranten als Handelskommissionär an. Er ist in diesem Falle eines sogenannten Vertrauensinlassos vom Giranten ermächtigt, im eigenen Namen aber auf Rechnung des Giranten aus dem Wechsel Nutzen zu ziehen, insbesondere auch aus dem Wechsel zu klagen. Eine formelle Legitimation trotz Fehlens des Inlassovermerks muß aber auf Seiten des Inlassobevollmächtigten insofern vorliegen, als er sich formell als berechtigt ausweisen kann, d. h. durch eine ununterbrochene Kette von Inlassamenten gemäß Art. 15 der Wechselordnung, wobei das letzte Inlassament dann als in blanco gegeben, angesehen wird. Auf diese Weise wird bei dem Vertrauensinlasso ohne Wechselvermerk auch der Inlassobevollmächtigte zur Ausübung aller Rechte aus dem Wechsel, insbesondere auch

Darf einem Arbeitslosen die Wohnung gekündigt werden?

Im Mieterschutzgesetz sind im Art. 11 Nr. 2a Bestimmungen enthalten, die zum Schutze arbeitsloser Leute eine Nichtzahlung der vereinbarten Miete nicht als einen Kündigungsgrund ansehen. Gerade in der heutigen Zeit werden sich vielfach Leute finden, die diese Schutzbestimmungen ausnützen und eine billige Möglichkeit sehen, den Mietzins nicht zu zahlen, ohne von den sonstigen rechtlichen Folgen betroffen zu werden. Das Oberste Gericht hat zu einem solchen Falle neuerdings Stellung nehmen müssen und eine Erläuterung zu der betr. Vorschrift des Mieterschutzgesetzes gegeben. Danach begründet Arbeitslosigkeit des Mieters nur dann eine Nichtzahlung der Miete, wenn Hand in Hand mit der Arbeitslosigkeit, wie das gewöhnlich zu sein pflegt, Mittellosigkeit geht. Hat dagegen der Arbeitslose unabhängig von seinem Arbeitsverdienst andere Einkommensquellen und zahlt trotzdem nicht die Miete, so kann er nicht von den im bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehenen Folgen der Nichterfüllung seiner Verpflichtungen befreit werden. Eine andere Auslegung des Art. 11 Nr. 2 Buchst. a des Mieterschutzgesetzes würde zu dem nicht zulässigen Ergebnis führen, daß ein sonst vermögender Mieter, der sich aus irgendwelchen Gründen der Lohnarbeit nicht hingibt, ohne Furcht vor einer Ermittlung es sich leisten kann, seine Miete zu zahlen. Mit einer solchen Auslegung würden nicht nur die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts unvereinbar erscheinen, sondern auch des Mieterschutzgesetzes selbst, das eben aus sozialen Gründen nur solche Mieter schützen will, die unverdient arbeitslos geworden und aus diesen Gründen zur Zahlung der Miete unfähig sind. Ist dem einzelnen Hauswirt schon dadurch, daß er von Arbeitslosen keine Miete bekommt, ein Stück sozialer Last im Interesse der Allgemeinheit aufgebürdet, so muß eine mißbräuchliche Ausnutzung des Mieterschutzgesetzes unter allen Umständen unterbunden werden. (Entscheid. des Obersten Gerichts 1928 I C. 483/28.)

Eine andere, ebenfalls zu dieser Frage Stellung nehmende Entscheidung (III 1 Rev. 1582/29) besagt: Die ungünstige Vermögenslage eines Mieters, die schon lange anhält und keine Aussicht auf Besserung bietet, kann nicht als Zustand „besonderer Notlage“ im Sinne des Mieterschutzgesetzes angesehen werden.

Die rechtliche Seite der Verfassungsreform

zur Ausübung des Klagerechts, legitimiert, und zwar im eigenen Namen, aber auf fremde Rechnung. Die formelle Legitimation durch die ununterbrochene Reihe der Indossamente, und das ist die Hauptfrage, muß allerdings vorliegen. (Entscheid. d. Oberst. Gerichts v. 2. 5. 1930, III. Nr. 31/30.)

Befehlennigung des Konkursverfahrens

Das höchste Gericht hat zu Fragen des Konkursverfahrens Stellung genommen, und zwar vor allem zu der Frage, ob das Appellationsgericht nach Aufhebung eines bezirksgerichtlichen Urteils, das den Antrag des Gläubigers auf Konkursöffnung abgelehnt hat, den Konkurs selbst eröffnen kann, d. h. ohne Überweisung der Angelegenheit an das Bezirksgericht. Das höchste Gericht hat diese Frage bejaht, indem es darauf hinweist, daß das Gesetz die Zuständigkeit des Appellationsgerichts für die Durchführung des Konkursverfahrens nicht ausschließt und die unverzügliche Konkursöffnung im Interesse der Gläubiger liegt; die Überweisung des Verfahrens würde eine Verzögerung und damit eine Schädigung der Gläubigerinteressen verursachen.

Im konkreten Falle hat das Gericht allerdings nur teilweise von seinem Rechte Gebrauch gemacht, indem es zwar das Konkursverfahren einleitete, mit der Wahl des Konkursrichters und des Konkursverwalters aber das zuständige Bezirksgericht beauftragte.

Die zweite das Konkursverfahren betreffende Frage, mit der sich das höchste Gericht befaßte, bezog sich auf das Verhältnis der Aktiva zu den Passiva, das beim Antrag auf Konkursöffnung eine gewisse Rolle spielt. In dieser Beziehung hat das höchste Gericht festgestellt, daß der Antrag nach Art. 437 des Handelsgesetzbuches lediglich auf die Einstellung der Zahlungen zu berufen braucht; es bedarf also hierüber keiner Aufklärung darüber, ob die Passiva die Aktiva übersteigen, denn ein solcher Nachweis würde große Schwierigkeiten und somit Zeitverlust verursachen und daher gegen den Zweck des Konkursverfahrens, der Sicherstellung des Vermögens des Schuldners zur gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger, verstoßen.

In gewissen Fällen kann sogar die Nichtbezahlung eines einzigen Wechsels die Einstellung des Konkursverfahrens nach sich ziehen, ohne daß es hierbei nötig wäre, auf die Prüfung des Vermögens der Aktiva zu den Passiva näher einzugehen. (Urteil Nr. IC 1938/29.)

Rückforderung einer Schenkung

Soweit der Schenker nach der Vollziehung der Schenkung außerstande ist, seinen standesgemäßen Unterhalt zu bestreiten und die ihm seinen Verwandten, seinem Ehegatten oder seinem früheren Ehegatten gegenüber gesetzlich obliegende Unterhaltspflicht zu erfüllen, kann er von dem Beschenkten die Herausgabe des Geschenks nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung fordern. Das Reichsgericht hatte den Fall zu entscheiden, daß jemand, der im Jahre 1922 Grundstücke durch Vertrag übereignet hatte, diese mit der Begründung zurückforderte, daß es sich um eine Schenkung gehandelt habe, die er wegen Bedürftigkeit wieder herausverlange. Obwohl der Kläger noch Miteigentümer eines Hausgrundstücks war, wurde seinem Klageantrag auf Rückgabe der Schenkung grundsätzlich entsprochen. Nach der Ansicht des Reichsgerichts ist zwar der Schenker nicht bedürftig, wenn er den standesgemäßen Unterhalt aus dem Ertrag seiner Arbeit und seinem sonstigen Einkommen oder aus dem Stamm seines Vermögens bestreiten kann. Ihm ist aber nur dann zuzumuten, seinen Miteigentumsanteil zu belassen oder zu beleihen und zur Bestreitung des Unterhalts nutzbar zu machen, wenn diese Art Verwertung bei verständiger Verwaltung zur Erzielung eines standesgemäßen Unterhalts geboten ist. Im vorliegenden Falle war dies nicht festgestellt. Da es sich um eine gemischte Schenkung handelte, hatte der Schenker nicht ohne weiteres einen Auflassungsanspruch, da dann die Beschenkten nur den überbleibenden Wert herauszugeben haben. Auch sind sie dann nicht zum Erlaß des ganzen Geschenks verpflichtet, wenn ein Erlaß eines Teils des Geschenks schon genügt, um dem Schenker zum standesgemäßen Unterhalt zu verhelfen. (Urteil des Reichsgerichts 467/29 vom 7. Juli 1930.)

Staubwolke als Verkehrshindernis

Der bei einem Zusammenstoß von Kraftfahrzeugen verletzte Halter des einen Fahrzeugs muß sich bei der Geltendmachung seines Schadens gegen Halter und Fahrer des anderen die von seinem Fahrzeug ausgehende, für den Schaden ursächliche Betriebsgefahr auch ohne Vorliegen eines Verschuldens auf seiner Seite entgegenhalten und zur Ausgleichung nach §§ 17, 18 des Automobilgesetzes anrechnen lassen, soweit er, falls nicht er selbst, sondern ein Dritter verletzt wäre, diesem Schadenersatzpflichtig sein würde. Der Kläger, der mit seinem Motorrad auf der Landstraße fuhr, war durch ein überholendes Postauto in eine große Staubwolke geraten und war mit dem Beklagten, der mit seinem Kraftwagen entgegenkam, in der Staubwolke zusammengefahren. Beide waren durch die Staubwolke behindert gewesen, die vor ihnen liegende Fahrbahn zu übersehen. Die rechtliche Lage beider war gleich zu beurteilen. Beide hätten so langsam fahren müssen, daß das Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Stehen gebracht werden konnte, sie hätten durch deutlich hörbare Warnungssignale rechtzeitig auf das Nähen des Kraftfahrzeugs aufmerksam machen müssen. Da auch die vom Kraftfahrzeug des Klägers ausgehende Betriebsgefahr den Schaden verursacht hat, gehört zu dem vom Kläger gemäß § 7 des Automobilgesetzes zu führenden Entlastungsbeweis auch der Nachweis der Innehaltung dieser sämtlichen durch das Interesse der Verkehrssicherheit gebotenen Verpflichtungen. Dieser Nachweis wurde nicht erbracht, und der Kläger hätte sich haftbar gemacht, wenn nicht er selbst, sondern ein Dritter verletzt wäre. Es muß deshalb ein Ausgleich zwischen Kläger und Beklagten gemäß §§ 17 und 18 des Automobilgesetzes stattfinden. (Urteil des Reichsgerichts vom 23. Juni 1930, VI. 569/29.)

Die Verfassungsreform steht nach wie vor im Brennpunkt des innerpolitischen Interesses, doch scheint es nach dem Bekanntwerden der Entwürfe der drei großen politischen Parteien des letzten Sejm, des Regierungsblochs, Nationalblocs und Zentrolintsblochs auch in der Literatur zur polnischen Verfassungsreform stiller geworden zu sein. Mehr oder weniger sind in diesen Entwürfen je auch die Meinungen einzelner Verfassungsrechtler an den Lehrstühlen der Universitäten zum Ausdruck gekommen, und man hat von diesen Entwürfen nicht zu Unrecht behauptet, daß sie stark doktrinär eingestellt seien. In einem Aufsatz im Mai-Juni-Heft 1925 der „Deutschen Blätter in Polen“ hatte der Wiener Verfassungsrechtler Brauns eine erschöpfende Darstellung der Literatur zur Verfassungsreform gegeben und die einzelnen Schriftsteller und den Inhalt ihrer Schriften gekennzeichnet. Von allen Reformvorschlügen ragten wegen guter Durcharbeitung und Klarheit dabei zwei Werke hervor, die besondere Beachtung verdienen und in der Öffentlichkeit auch dementsprechend gewürdigt worden sind: Ein Sammelwerk von Meinungen der Warschauer Juristen bei starker Beteiligung von Richtern der Obersten Gerichte unter dem Titel: „Kewiza konstytucji. Opinie zbiorowa grona prawników, Warszawska 1929“ und das großzügige, umfangreiche Werk des Krakauer Prof. Jaworski: „Projekt konstytucji, Kraków 1928.“ Während von den Warschauer Juristen in der Richtung der Reformvorschlüsse des Regierungsblochs eine Ausdehnung der Macht des Staatspräsidenten ebenso der Kompetenz des Senats unter Beibehaltung der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundlage gefordert wurde, zeichnete sich das Werk Jaworskis gerade dadurch aus, daß es eine Neuordnung des Parlaments und der Parteien auf verfassungsrechtlicher Grundlage erstrebte (etwa wie der Ständestaatsgedanke bei Dühring, Spann und Walter Heinrich). An Stelle des weltanschaulich verschiedenen Parteiwesens sollte so eine einartige Grundlage der Volksvertretung geschaffen werden. Beide Gedankengänge in gegenseitiger Verknüpfung finden sich nun in dem neuesten literarischen Beitrag polnischer Universitätslehrer für Verfassungsreform wieder, der in der von dem Posener Prof. Peretietowicz herausgegebenen Zeitschrift „Ruch prawniczy i ekonomiczny“ 1930, Heft 2, abgedruckt ist. In einer Rundfrage waren die einzelnen zuständigen Universitätslehrer aufgefordert worden, zu dem Problem der Verfassungsreform Stellung zu nehmen, insbesondere die dringenden Reformwünsche zu entwickeln. Das Ergebnis ist insofern recht interessant, als bis auf den schon erwähnten Prof. Jaworski keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zu finden sind. Allgemein ist man für die Beibehaltung des augenblicklichen, parlamentarischen Systems, doch soll der Senat dem Sejm gleichberechtigt

sein und mehr als bisher den Charakter einer ersten Kammer erhalten. Zu diesem Zwecke soll ein Teil der Senatsmitglieder entsprechend den Jaworskischen Gedankengängen von Berufsständen gestellt werden. Man ist sich zwar nicht in allem hinsichtlich der Bestellung dieser berufständischen Vertreter einig (Ernennung durch den Staatspräsidenten, wohl durch die Selbstverwaltungskörper), aber der Gedanke einer berufständischen Vertretung im Senat herrscht doch allgemein vor. Fast alle sind für eine weitere Stärkung der Macht des Staatspräsidenten durch Zuzugewinnung eines Vetorechts beim Zustandekommen von Gesetzen ferner für eine Einschränkung der Ministerverantwortlichkeit dahingehend, daß der Rücktritt erst nach einem Mißtrauensvotum der absoluten Mehrheit der gesetzlichen Zahl von Abgeordneten erfolgen muß. Vorherrschend ist auch der Gedanke der Bildung eines Verfassungsgerichtshofes (Trybuna konstytucyjna), der, aus Professoren und Richtern der obersten Gerichte gebildet, das verfassungsmäßige Zustandekommen der Gesetze zu überwachen hat. Meinungsverschiedenheiten bestehen allerdings in der Frage der Wahlreform ebenso der Wahl des Staatspräsidenten, doch wird keine Neuordnung auch hier für dringlich erachtet. Interessant ist dabei die Auffassung, daß das augenblickliche Wahlrecht dort beibehalten werden soll, wo sich polnische Minderheiten befinden. (So besonders Prof. Peretietowicz-Posen, Prof. Dubanowicz-Lemberg.) Für dringend wird auch die Heraushebung des Wahlalters auf 24 Jahre erachtet, für weniger dringend dagegen die Beschränkung der Abgeordnetenimmunität. Als einziger weicher Kabe berücksichtigt Prof. Kulczycki von der Hochschule für Politik in Warschau in seinen Dringlichkeitswünschen nach Abänderung der Verfassung auch die Stellung der nationalen Minderheiten und fordert für sie die Verleihung der Kulturautonomie im Rahmen ihrer kulturellen Selbstverwaltung. Betont wird von ihm auch der von den Minderheiten selbst oft geforderte Erlaß von Ausführungsgesetzen besonders zu dem Art. 109 der geltenden Verfassung.

Diese Reformpläne, wie sie sich als Ergebnis der Rundfrage an die akademischen Lehrer darstellen, entsprechen so in ihren Grundzügen der Auffassung der Regierungskreise, deren Vorschläge auch auf die Stärkung der ausführenden Gewalt hinauslaufen, und so ist anzunehmen, daß auch die Reform in dieser Richtung schließlich durchgeführt werden wird. Bezeichnenderweise wird von allen Beantwortern der Rundfrage eine Verfassungsreform für notwendig erachtet und eine Rückkehr zum Parlamentarismus, wie er vor 1920 bestand, abgelehnt. Die nationalen Minderheiten aber werden bei den meisten Reformvorschlügen bewußt übergangen oder aber Mittel und Wege gesucht, ihre parlamentarische Vertretung zu schwächen.

Krankenkassen-Streitfälle

Zwei wichtige Entscheidungen

Sind Brennerarbeitsgeber gewerbliche Arbeiter?

(Art. 3 des Krankenversicherungsgesetzes v. 19. 5. 1920.)

Die Zurechnung von Brennerarbeiten zu landwirtschaftlichen Betrieben auf Grund des Spiritusmonopolgesetzes schließt nach keine Grundlage dafür, die in einer Brennerlei beschäftigten Arbeiter als Landarbeiter anzusehen oder sie als gewerbliche Arbeiter von Landarbeiten zu unterscheiden. Maßgebend zur Beurteilung dieser Eigenschaft kann nur das Arbeitsverhältnis sein, vor allen Dingen die Art der Beschäftigung, wie sie auf Grund des Arbeitsvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart wurde. Ist vertraglich eine dauernde Beschäftigung im landwirtschaftlichen Betriebe des Grundeigentümers vereinbart und damit des Eigentümers der Brennerlei, so ist trotz dauernder oder zeitweiser Beschäftigung des Arbeiters in der Gutsbrennerlei dieser nicht als gewerblicher, sondern als Landarbeiter anzusehen. Sind umgekehrt in einer Gutsbrennerlei, die angeschlossen an einen landwirtschaftlichen Betrieb ist, Arbeiter auf Grund eines Vertrages beschäftigt, in dem nur Brennerarbeit vereinbart ist, so sind diese Arbeiter unabhängig davon, ob sie dauernd oder nur wäh-

rend der Saison in der Brennerlei beschäftigt werden, nicht als Landarbeiter anzusehen, sondern werden gemäß der in dem Arbeitsvertrage vereinbarten Beschäftigung als gewerbliche Arbeiter anzusehen sein. (Entscheid. des Obersten Gerichts v. 12. 4. 1928. I C. 135/27.)

Welcher Tag ist als An- bzw. Abmeldungstag bei der Krankenkasse anzusehen?

(Art. 51 des Krankenversicherungsgesetzes v. 19. 5. 1920.) Das Oberste Gericht hat entschieden, daß als Tag der Benachrichtigung der Krankenkasse durch den Arbeitgeber von dem Aufhören des Arbeitsverhältnisses zwischen ihm und einem verheirateten Arbeiter derjenige Tag anzusehen, an dem der Arbeitgeber das Benachrichtigungsschreiben abgeschickt hat und nicht der Tag des Erhalts der Benachrichtigung durch die Krankenkasse. Nur wenn besondere Ausnahmen vorliegen und festgestellt wird, daß die Abwendung von dem gewöhnlichen und bei der Krankenkasse üblichen Wege abweicht oder die besonderen Umstände des Falles die Abwendung als unzulässig erscheinen lassen, wird von dem eben aufgestellten Grundsatz abgewichen werden können. (Entscheid. d. Obersten Gerichts v. 29. 11. 1929 I C. 1951/28.)

Wann darf man aus einem Verein austreten?

Der Austritt aus einem Verein wird wirksam durch die einem Vorstandsmitgliede oder dem sonst zuständigen Organ gemachte Austrittsanzeige. Die Freiheit des Austritts kann weder durch Einführung einer Form noch durch Festlegung einer Vertragsstrafe beschränkt werden. Der Austritt ist erst das einzige Mittel, das dem Mitglied übrig bleibt, um einer schlechten Verwaltung oder einer erhöhten Beitragspflicht zu entgehen. Die Möglichkeit des Austritts hat für den einzelnen die selbe Bedeutung wie die Möglichkeit der Auflösung des Vereins für die Mitgliederversammlung. Für die Zeit nach dem Ausscheiden können dem bisherigen Mitglied Verpflichtungen nicht auferlegt werden (vgl. Reichsgerichtsentscheid in Bd. 71, S. 390 ff.), auch kann dies nicht in der Satzung festgelegt werden. Das Austrittsrecht des Mitglieds aus einem Verein ist also ein dem Verein bzw. der Mitgliederversammlung nicht unterworfenen Recht und kann unter die im § 35 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgeführten Sonderrechte eines Mitglieds gefaßt werden, die nicht ohne Zustimmung des Vereinsmitgliedes durch einen Beschluß der Mitgliederversammlung beeinträchtigt werden können.

Vielach wird der Austritt aus einem Verein an irgendwelche jahungsmäßigen Fristen gebunden sein. Grundsätzlich sind nach der im § 39 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgestellte Regel die Vereinsmitglieder zum fristlosen Austritt aus dem Verein berechtigt. Durch die Satzung kann jedoch bestimmt werden — und das wird wohl meistens der Fall sein —, daß der Austritt nur am Schlusse eines Geschäftsjahres oder erst nach Ablauf einer

Kündigungsfrist zulässig ist; die Kündigungsfrist kann höchstens zwei Jahre betragen. Mit der Frage, wie es beim Vorliegen eines wichtigen Grundes zu halten ist, hat die in Gesetz und Satzung enthaltene Regelung nichts zu tun, da weder im Gesetz noch vielfach in der Satzung ein Recht zu sofortigem Austritt aus wichtigem Grunde ausdrücklich anerkannt ist. Bei der Beantwortung dieser Rechtsfrage, ob ein Mitglied beim Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos austreten kann und damit irgendwelchen Verpflichtungen, die ihm als Vereinsmitglied auferlegt werden, entgehen kann, wird vielfach davon ausgegangen, daß ein Vereinsmitglied aus wichtigem Grunde auch dann ausgeschlossen werden könne, wenn die Ausschließung in der Satzung nicht vorgesehen sei. Einen derartigen Rechtsgrundsatz hat das auch für unser Rechtsgebiet maßgebende Reichsgericht bisher nicht aufgestellt, aber in einer neueren Entscheidung in Rg. 3. Bd. 130, S. 378 hat es, ohne den Umweg über die Ausschließung eines Mitgliedes zur Beantwortung dieser vorliegenden Frage zu benutzen, die Zulässigkeit des fristlosen Austritts beim Vorliegen eines wichtigen Grundes bejaht.

Wie aus der Begründung der eben genannten Entscheidung hervorgeht, ist es als leitender Gedanke des bürgerlichen und des Handelsrechts anzuerkennen, daß ein in der Lebensbeziehung der Beteiligten stark eingreifendes Rechtsverhältnis dann vor Ablauf der festgesetzten Frist gelöst werden kann, wenn ein wichtiger Grund das erfordert. Dieser Gedanke hat auch für das Vereinsrecht und für die Frage des fristlosen Austritts Gültigkeit.

Entscheidend ist, ob bei Berücksichtigung der gesamten Umstände des Einzelfalles ein Verbleiben im Verein bis zum Ablauf der jahungsmäßigen Kündigungsfrist eine unerträgliche Belastung bedeutet, die dem Mitglied nicht zugemutet werden kann. Diese Frage wird nur in Fällen ganz besonderer Art, nach der Ansicht des Reichsgerichts, bejaht werden können. Im allgemeinen wird das Mitglied darauf zu verweisen sein, daß der Austritt in der Satzung an eine Frist gebunden ist und daß es sich für die durch den Austritt zum Verein unterworfen hat. Soll denn gleichwohl festgestellt werden, daß die Einhaltung der Frist nicht zumutbar ist, so müssen in erster Linie die Belange und die Zwecke des Vereins, im Zusammenhang damit auch die Folgen eines sofortigen Austritts für ihn und der Grund für die Festlegung einer Kündigungsfrist in Betracht gezogen werden. Diese Dinge werden in der Regel den Interessen des Mitgliedes vorzuziehen haben, gegen die sie abzuwägen sind. Selbstverständlich kann ein Grund, wie das Reichsgericht weiter ausführt, dann nicht im Rechtsinne als wichtig anerkannt werden, wenn das Mitglied ihn allein oder doch wesentlich mitverschuldet hat.

In dieser Entscheidung hat das Reichsgericht in sehr vorsichtiger Weise zu dem Problem Stellung genommen, gleichwohl aber die Möglichkeit eines fristlosen Austritts beim Vorliegen eines wichtigen Grundes bejaht. Solche wichtigen Gründe werden im allgemeinen selten sein, werden aber sicher dann als vorliegend angesehen werden können, wenn künftliche Mehrheiten Beschlüsse fassen, die weder dem Vereinszweck dienen können, noch dem einzelnen Mitgliede zumutbar erscheinen. Auch die finanzielle Überlastung des einzelnen Mitgliedes zu vereinswidrigen Zwecken könnte in diesem Zusammenhang als wichtiger Grund erscheinen.

Steuer-Rundschau

Neue Vermögenssteuerrate

Um die im Budget für 1931/32 aus der Vermögenssteuer eingelegten Summen teilweise zu erreichen, hat das Finanzministerium durch Rundschreiben vom 23. März (L. D. B. 1594/231) unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage und der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler der verschiedenen Vermögenskategorien eine weitere teilweise Erhöhung der Vermögenssteuer in folgender Weise angeordnet:

Für die Steuerzahler der II. und III. Gruppe wird von der 5. Stufe der Steuerfala an aufwärts eine neue Rate in der Höhe von 0,3 Prozent des rechtsträglich als Grundlage der Vermögenssteuereinkünfte angenommenen Vermögens festgesetzt. Diese Rate ist bis zum 15. Juni 1931 zu zahlen. Falls infolge Berufung oder von der Steuerbehörde selbst aus der Wert des Vermögens in anderer Höhe als bisher angenommen wird, ist dieser neu angenommene Wert als Berechnungsgrundlage für die neue Rate anzusehen. Die Benachrichtigungen werden den Steuerzahlern spätestens bis zum 1. Mai d. J. zugestellt. Steuerzahlern, die über die bisherig zu zahlen gewesene Vermögenssteuer hinaus schon gewisse Summen entrichtet haben, werden diese für die neue Rate angerechnet. Sie sind nur zur Zahlung des eventuellen Unterschiedes verpflichtet.

Steuererleichterungen

Der Finanzminister hat ein Rundschreiben an alle Finanzkammern und Finanzämter erlassen, in der Frage der Anwendung des ermäßigten Satzes von 1 Prozent bei der Umsatzsteuer für das Jahr 1930. Dieser ermäßigte Satz betrifft die Großhandelsunternehmen, die keine Handelsbücher führen. Es sollen in erster Linie individuelle Fälle berücksichtigt werden, zu denen besondere Gesuche bis zum 15. Mai eingereicht werden müssen.

Proportionalzinsen und Umsatzsteuer

Das Finanzministerium hat folgende Erklärung veröffentlicht: Die Zinsen für den Wechseldiskont, die der Verkäufer beim Verkauf der Ware gegen Wechsel berechnet, können nicht vom Bruttoeinkommen des Verkäufers abgezogen werden. Sie stellen einen der Besteuerung unterliegenden Umsatz dar. Daß der Verkäufer die Wechsel später diskontieren ließ und die berechneten Zinsen ganz oder teilweise zur Deckung der Kosten des Diskonts verwandt werden, ist ohne Bedeutung.

Ebenso wenig können vom Bruttoeinkommen die Zinsen abgezogen werden, die vom Verkäufer beim Verkauf von Waren auf Kredit ohne Wechsel berechnet wurden. Die sogenannten Proportionalzinsen — d. h. die Zinsen im Falle einer Prolongierung des Zahlungstermins durch Annahme eines neuen Wechsels bzw. die Verzugszinsen, die dem Käufer der Ware wegen Nichtbezahls der kreditierten Kaufsumme im vereinbarten Termin berechnet werden, stellen keinen Teil des Umsatzes, der im Sinne des Gesetzes vom 15. Juli 1925 über die staatliche Gewerbesteuer der Besteuerung unterliegt, dar.

Auch in

Wentichen

wird das **Posener Tageblatt** ab 1. Mai in unserer neuerrichteten Ausgabe

noch am Erscheinungstage

zu haben sein. Bestellen Sie **nicht** mehr beim Briefträger oder bei der Post, sondern sofort bei Herrn

Hr. Tomaszewski

Abonnementpreis monatlich 5 zł.

Kann die Weltwirtschaft gesunden?

Ursachen der Krise und Abhilfsmöglichkeiten im Urteil der internationalen Hochfinanz

Aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Kreuger-Konzerns (Kreuger und Toll)

Wenngleich die Gründe der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zweifellos zahlreich sind, so scheinen zwei von vorherrschender Bedeutung zu sein. Der eine dieser Gründe entsteht aus der Tatsache, dass durch die Art und Weise, in der die verschiedenen Währungen nach dem Kriege stabilisiert wurden, ein Mangel an Gleichgewicht im internationalen Zahlungsausgleich geschaffen worden ist, wodurch der Aufbau des zwischenstaatlichen Kredits mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war. Auf der anderen Seite ist unzweifelhaft die Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika beträchtlich vermehrt worden, nicht nur durch die Art, in der die Stabilisierung der Währungen stattfand, sondern auch durch den starken Ausbau der Massenproduktion. Infolge dieses und anderer Umstände, wie z. B. die Umwandlung Amerikas von einem Schuldnerland in ein Gläubigerland, hat sich die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten von Amerika seit dem Kriege in steigendem Masse aktiviert. In den letzten Jahren hat Frankreich durch die Stabilisierung des Franken auf einem niedrigen Niveau sich selbst eine ähnliche Position wie die Vereinigten Staaten von Amerika geschaffen. Die steigende wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich hätte eine Basis für internationale Finanzierungen grossen Massstabes schaffen können; aber da eine solche Entwicklung in genügendem Umfange nicht stattgefunden hatte, entstand insbesondere während der letzten zwei Jahre ein dauernder Zufluss von Gold in diese Länder mit all den desorganisierenden Wirkungen, die eine solche Bewegung mit sich bringt. Es scheint jedoch, als ob immer grössere Kreise in Amerika und Frankreich anfangen zu verstehen, dass diese Länder zu ihrem eigenen Vorteil zu einem Wiederaufbau des internationalen Gleichgewichts beitragen könnten, indem sie solche Umstellungen ihres eigenen Finanzapparates vornehmen, die ihn fähig machen, den Ueberschuss ihrer Zahlungsbilanz zu verwerten und auch nötigenfalls eine Kreditexpansionspolitik zu führen, wodurch ein Import von Gold vermieden wird.

Als ein zweiter Hauptgrund für die Krise muss die Unzulänglichkeit in der gegenwärtigen Geldpolitik angesehen werden, die Schwierigkeiten zu bewältigen, welche während einer Periode des schnellen Anwachsens der Sparkapitalien und der Produktion in Erscheinung treten. Sparkapital ist zweifellos nötig für den wirtschaftlichen Fortschritt, aber es wird seinen günstigen Einfluss nur ausüben, wenn Vorkehrungen dafür getroffen werden, dieses Sparkapital in die geeigneten Kanäle zu leiten. Ueberall in der Welt hat der Mensch im allgemeinen ein starkes Sparbedürfnis, d. h. mehr zu produzieren als zu verbrauchen, und der Sparsinn scheint anzuwachsen, je mehr ein Land sich wirtschaftlich entwickelt. Wenn jedoch die Sparguthaben schnell anzuwachsen, kann es leicht geschehen, dass sich der Apparat als ungenügend erweist, die Sparguthaben nützlich und produktiv anzulegen. Anstatt das Sparkapital zur Befriedigung der höheren Ansprüche, die sich aus einer gehobeneren Lebenshaltung ergeben, und auch für Kapitalinvestitionen zu verwenden, kann es jedoch auch dazu verwendet werden, einfach das Volumen derjenigen Produkte zu steigern, für welche die Nachfrage nur in geringem Masse erweiterungsfähig ist. Die Gefahr für eine solche Entwicklung ist natürlich besonders gross in einer Periode des schnellen technischen Fortschrittes wie in der Gegenwart. Man kann damit rechnen, dass die Fortschritte in fast allen Produktionszweigen — sowohl in den industriellen als auch landwirtschaftlichen — so gross sind, dass mit der gleichen Anzahl von Arbeitern und Angestellten selbst ohne grosse Investitionen sich ein ständiges Anwachsen der Produktion zeigt. Die Folge davon ist, dass jährlich jeder Geschäftszweig einen kleineren Teil der Gesamtbevölkerung beschäftigen kann, und wenn nicht eine Wirtschaftspolitik getrieben wird, die neue Unternehmungen und Kapitalinvestitionen anregt, werden fast alle Produktionszweige unter einer Ueberproduktion leiden und so zu einem gewissen Masse von Arbeitslosigkeit und Kapitalzerstörungen fähren.

Es ist klar, dass das Problem der Ueberproduktion sich während der Jahre unmittelbar nach dem Kriege im Anbetracht der vielen Wiederherstellungsarbeiten, welche in diesem Zeitraum vorgenommen werden mussten, nicht so fühlbar machte. Ein weiterer Faktor von Bedeutung, welcher in derselben Richtung liegt, ist der schnelle Aufschwung der Automobilindustrie gewesen, der neue Möglichkeiten zur Kapitalinvestierung geschaffen hat, nicht nur in der Industrie selbst, sondern auch in den damit zusammenhängenden Branchen, wie z. B. in der Öl- und Stahlindustrie, und vor allem durch die enormen Summen, die für Strassenbau aufgewandt wurden. Schliesslich hat das enorme Anwachsen des Teilzahlungssystems in den letzten Jahren, solange das System an Umfang zu-

nahm, die Wirkung gehabt, dass der Konsum zahlreicher Artikel beträchtlich gestiegen ist. Es scheint, dass diese Faktoren fast gleichzeitig ihren belebenden Einfluss verloren haben.

Nach dieser Analyse der Wirtschaftskrise geht der Jahresbericht von Kreuger u. Toll zur Frage ihrer Bekämpfung über.

Einige Meinungsverschiedenheiten bestehen bezüglich der Wirksamkeit irgendeiner geldlichen Massnahme zur Bekämpfung einer allgemeinen Wirtschaftskrise. Es ist jedoch ohne Zweifel, dass eine Politik niedriger Zinssätze und der Kapitalzurverfügungstellung ein wirksames Mittel gegen die Krise wie die gegenwärtige ist, vorausgesetzt, dass diese Mittel in allen verschiedenen Zweigen des Kredit- und Anlagemarktes angewandt werden kann. Tatsächlich hat sich die wirtschaftliche Struktur der Welt, seit sich die gegenwärtigen Banktraditionen herausgebildet haben, allmählich verändert, so dass sie den modernen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Die grossen Handelshäuser und Privatbankiers, die einen grossen

Spielraum in der Wahl ihrer Anlagen hatten und die wichtige Faktoren für das Wirtschaftsleben darstellen, verschwanden, und an ihre Stelle traten Industrie-konzerne, grosse Depositenbanken und Versicherungsgesellschaften, welche alle mehr oder weniger in der Verwendung ihrer Mittel zu bestimmten Anlagen beschränkt sind. Dies hat bewirkt, dass die Kredite und Investitionen in verschiedene Arten geteilt worden sind, die sehr wenig Zusammenhang miteinander haben, und dass die ganze wirtschaftliche Struktur unbeweglicher als früher wurde. Die Folge davon ist, dass heute jedenfalls in einigen der Gläubigerländer die Zentralbanken nicht — oder höchstens nur ganz langsam — in der Lage sind, die Rendite für die beiden wichtigsten Zweige der Kapitalanlage, nämlich der Aktien und ausländischen Obligationen, zu beeinflussen. Es sind genügend Gründe vorhanden, weshalb die Zentralbanken keinen direkten Einfluss auf die Aktien haben sollen, aber ähnliche Gründe scheinen in der Frage der ausländischen Obligationen nicht zu bestehen. Den Markt der ausländischen Obligationen zu regulieren, was im wesentlichen dasselbe ist, wie die Goldbewegungen zu regulieren, sollte eine der Hauptaufgaben der Zentralbanken in den Gläubigerländern sein, warum die ausländischen Obligationen nicht in irgendeiner Form die Basis der Kreditgewährung der Zentralbanken bilden sollten. In den Ländern, in denen Banken oder Versicherungsgesellschaften durch Vorschriften oder Traditionen am Ankauf ausländischer Obligationen verhindert sind, würde eine liberale Politik in dieser Hinsicht unzweifelhaft von grossem Wert sein.

Polen braucht Deutschland!

Die Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen

Die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch den Sejm, der nach Ratifizierung auch durch die deutsche Seite in Kraft treten soll, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage, in welchem Ausmasse die polnische Einfuhr aus Deutschland durch die als Kampfmassnahmen gedachten Einfuhrverbote in Polen, und zwar die II. und III. Einfuhrverbotslisten vom 17. Juni und 11. Juli 1925 betroffen worden ist, wobei, wie vorweggenommen werden soll, die Untersuchung zeigt, dass eine ganze Reihe von Waren, die unter diese Listen fielen, trotzdem, auf dem Wege besonderer Einfuhrgenehmigungen, aus Deutschland nach Polen infolge ihrer Unentbehrlichkeit gekommen sind. Bei Inkrafttreten des Handelsvertrages wird daher — nach Fallen der Einfuhrverbote — eine starke Zunahme der Einfuhr aus Deutschland zu erwarten sein, während sie bei einzelnen Artikeln — wie bei der Glas-, chemischen und Metallindustrie infolge des Entstehens einer eigenen polnischen Industrie, oder bei Automobilreifen, Leder usw., wo die frühere deutsche Einfuhr während des Zolkkrieges durch andere Exportländer ersetzt wurde — zweifellos den früheren Stand nicht wird erreichen können.

Das Jahr 1930 weist — mit Ausnahme des Jahres 1926, als die polnischen Einfuhrverbote sich in vollem Umfange auswirkten — den niedrigsten Stand der Einfuhr aus Deutschland nach Polen auf:

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
in Millionen Zloty							
1. Halbj.	407,3	606,6	128,8	347,2	454,7	439,0	301,1
2. Halbj.	469,8	247,4	234,6	389,6	448,3	411,4	304,7
Zusammen	877,1	854,0	363,4	736,7	903,0	850,4	605,8

(In der Reihenfolge der polnischen Statistik)	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Lebensmittel	377 281	373 156	3 568	603	1 629	2 263	2 349
Tierische Produkte	23 346	13 779	2 561	4 970	2 349	4 236	3 382
Holzmaterial und Erzeugnisse	11 838	9 291	7 524	2 958	3 382	2 032	3 382
Pflanzen und Teile	3 060	1 780	1 220	241	382	173	382
Baumaterial und keramische Erzeugnisse	22 813	15 785	9 157	920	9 029	922	2 767
Glas und Erzeugnisse	21 414	13 593	2 497	1 412	2 767	1 297	2 767
Brennmaterial, Asphalt, Erdöl und Derivate	2 341 854	1 596 835	1 546 395	4 465	903 828	2 839	615
Gummielastik	6 525	5 505	800	1 130	615	832	615
Chemisches Material und Erzeugnisse, organisch	9 968	5 774	869	291	1 297	296	1 297
Chemisches Material und Erzeugnisse, anorganisch	5 443	3 019	391	20	808	27	156
Farben, Farbstoffe und Lacke	1 466	1 625	170	59	156	55	156
Verschiedene chemische Erzeugnisse	28 187	25 467	7 906	2 449	10 099	3 333	54 809
Metalle und Erzeugnisse	219 315	140 691	68 898	18 220	54 809	13 323	54 809
Maschinen und Apparate	67 994	43 474	11 698	4 849	6 217	3 094	6 217
Elektrotechnik	1 969	2 806	1 239	257	662	136	662
Uhrmacher-Erzeugnisse	1 264	917	877	2 076	736	1 645	736
Musikinstrumente	279	406	207	494	178	342	178
Waffen und Munition	1 547	1 209	382	929	360	901	360
Verkehrsmittel	3 717	6 398	1 037	993	875	854	875
Textilmaterial und Erzeugnisse	12 010	8 102	2 195	3 075	1 475	2 293	1 475
Kleidung und Konfektion	7 362	4 749	667	3 938	469	2 224	469
Galanteriewaren	79	50	8	9	7	8	7
Schulinstrumente und Lehrmittel	3 917	4 140	688	1 895	594	1 784	594
Insgesamt	3 172 648	2 278 554	1 670 864	54 762	1 082 663	42 809	1 082 663

Besonders deutlich wird der Rückgang der Einfuhr in den Jahren 1925—1930 bei einem Vergleich mit den Einfuhrzahlen aus dem Jahre 1924:

(In gewichtsmässigen %; 1924 = 100)	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Lebensmittel	98,8	11,2	8,6	3,9	0,9	0,4
Tierische Produkte	59,0	13,5	12,3	11,0	10,9	10,0
Holzmaterial u. Erz.	79,8	23,0	34,0	33,2	63,5	28,5
Pflanzen und Teile	58,1	12,8	14,7	19,6	39,8	12,4
Baumaterial und keram. Erzeugnisse	69,2	10,9	18,9	31,6	40,1	39,5
Glas und Erzeugnisse	63,5	14,2	30,5	22,6	11,6	12,9
Brennmaterial, Asphalt, Erdöl und Derivate	68,2	27,3	28,2	35,7	66,0	42,0
Gummielastik	84,2	16,7	20,7	16,3	12,4	9,4
Chemisches Material u. Erzeugnisse, organisch	57,8	15,1	11,6	9,7	8,7	13,0
Chemisches Material u. Erzeugnisse, anorganisch	55,4	12,2	12,6	12,3	7,1	14,8
Farben, Farbstoffe und Lacke	110,9	20,2	13,2	17,8	11,6	10,6
Versch. chemische Erz.	90,3	30,2	31,0	36,6	27,6	35,8
Metalle und Erzeugn.	64,1	20,8	23,5	24,0	31,4	24,9
Maschinen u. Apparate	63,9	13,9	12,8	20,1	17,2	9,1
Elektrotechnik	142,5	31,4	44,6	30,7	62,9	33,6
Uhrmacher-Erzeugnisse	72,5	15,4	13,4	72,9	69,3	58,2
Musikinstrumente	138,5	35,2	30,1	43,7	74,2	63,7
Waffen und Munition	78,1	19,0	32,3	34,6	24,6	23,2
Verkehrsmittel	172,1	9,3	27,8	23,1	27,9	23,5
Textilmaterial u. Erz.	67,4	15,5	18,9	20,7	18,2	12,2
Kleidung u. Konfektion	64,5	17,6	15,3	11,7	9,0	5,5
Galanteriewaren	63,2	35,4	18,9	11,3	10,1	8,8
Schulinstrumente und Lehrmittel	105,6	27,7	14,7	17,2	17,5	15,1

Die aus obiger Zusammenstellung ersichtliche Zunahme der reglementierten Einfuhr in den Jahren 1928/29 ist in erster Linie in der Gruppe der Maschinen und Apparate, sowie der Metalle und Erzeugnisse erfolgt. In der Zusammenstellung sind die Einfuhrzahlen für 1924 und 1925 lediglich gewichtsmässig angeführt, da die Wertstatistik damals noch unzuverlässig war. Zu bemerken wäre noch, dass obige Zusammenstellung kein vollkommen genaues Bild der tatsächlichen Einfuhr an reglementierten Waren abgibt, da die polnische Aussenhandelsstatistik nur wenig differenziert ist und zum Teil reglementierte und unreglementierte Waren gemeinsam anführt; ferner ist ein Teil der als deutsche Einfuhrwaren figurierenden Posten nur via deutsche Freilager eingeführt worden.

Ein genaues Bild der reglementierten Einfuhr aus Deutschland vermittelt indessen eine Betrachtung der einzelnen Einfuhrgruppen, von denen den stärksten

Der Einfluss der eingangs genannten beiden Einfuhrverbotslisten, die seit 1928 übrigens ausschliesslich gegen Deutschland gerichtet sind, auf diese rückläufige Einfuhrgestaltung geht aus folgender Gegenüberstellung hervor:

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
in Millionen Zloty							
Gesamt-Einfuhr	877,1	854,0	363,4	736,7	903,1	850,4	605,8
Einfuhr lt. II. und III. Liste	349,7	251,6	51,0	50,5	55,7	54,7	42,8
in Prozents ausgedrückt (Gesamteinfuhr = 100):	39,8	29,4	14,0	6,8	6,1	6,4	7,0

Das Bestehen dieser immerhin bedeutenden Einfuhr von ca. 50 Millionen Zloty jährlich an reglementierten Waren wird vom Organ des Zentralverbandes der polnischen Industrie („Przeglad Gospodarczy“ Nr. 6) — neben den von Fall zu Fall an Deutschland erteilten Einfuhrgenehmigungen — auf die Danziger Eigenbedarfskontingente zurückgeführt, die indessen doch nur in beschränktem Umfange in Erscheinung traten; viel eher wird man die Einfuhr von reglementierten Waren aus Deutschland auf den Umstand zurückführen dürfen, dass die polnische Wirtschaft sich trotz der jahrelangen Dauer des Zolkkrieges nicht auf andere Erzeugnisse hat umstellen können. Im einzelnen führte Polen aus Deutschland an reglementierten Waren (lt. der II. und III. Einfuhrverbotsliste) lt. folgender Uebersicht ein, die den im Jahre 1930 erfolgten Rückgang besonders deutlich erkennen lässt:

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
in 1000 Zloty							
Lebensmittel	377 281	373 156	3 568	603	1 629	2 263	2 349
Tierische Produkte	23 346	13 779	2 561	4 970	2 349	4 236	3 382
Holzmaterial und Erzeugnisse	11 838	9 291	7 524	2 958	3 382	2 032	3 382
Pflanzen und Teile	3 060	1 780	1 220	241	382	173	382
Baumaterial und keramische Erzeugnisse	22 813	15 785	9 157	920	9 029	922	2 767
Glas und Erzeugnisse	21 414	13 593	2 497	1 412	2 767	1 297	2 767
Brennmaterial, Asphalt, Erdöl und Derivate	2 341 854	1 596 835	1 546 395	4 465	903 828	2 839	615
Gummielastik	6 525	5 505	800	1 130	615	832	615
Chemisches Material und Erzeugnisse, organisch	9 968	5 774	869	291	1 297	296	1 297
Chemisches Material und Erzeugnisse, anorganisch	5 443	3 019	391	20	808	27	156
Farben, Farbstoffe und Lacke	1 466	1 625	170	59	156	55	156
Verschiedene chemische Erzeugnisse	28 187	25 467	7 906	2 449	10 099	3 333	54 809
Metalle und Erzeugnisse	219 315	140 691	68 898	18 220	54 809	13 323	54 809
Maschinen und Apparate	67 994	43 474	11 698	4 849	6 217	3 094	6 217
Elektrotechnik	1 969	2 806	1 239	257	662	136	662
Uhrmacher-Erzeugnisse	1 264	917	877	2 076	736	1 645	736
Musikinstrumente	279	406	207	494	178	342	178
Waffen und Munition	1 547	1 209	382	929	360	901	360
Verkehrsmittel	3 717	6 398	1 037	993	875	854	875
Textilmaterial und Erzeugnisse	12 010	8 102	2 195	3 075	1 475	2 293	1 475
Kleidung und Konfektion	7 362	4 749	667	3 938	469	2 224	469
Galanteriewaren	79	50	8	9	7	8	7
Schulinstrumente und Lehrmittel	3 917	4 140	688	1 895	594	1 784	594
Insgesamt	3 172 648	2 278 554	1 670 864	54 762	1 082 663	42 809	1 082 663

Rückgang der Lebensmittelgruppe aufweist, wie dies aus folgender Uebersicht hervorgeht (in Quintal):

377 281	373 156	42 333	32 201	14 601	3 568	1 629
Hierzu ist zu bemerken, dass der Rückgang der Einfuhr in der Lebensmittelgruppe weniger die deutsche Landwirtschaft als die Vermittlung des deutschen Handels, sowie insbesondere der deutschen Häfen betrifft, die fast völlig ausgeschaltet wurde. Im einzelnen führte Polen an reglementierten Lebensmitteln aus Deutschland ein:						
	1924		1929		1930	
	Quintal	%	Quint.	%	Quint.	%
Speck und Schmalz	57 854	33	328	0	2	0
Reis	125 351	32	208	0	121	0
Pfeffer und Paprika	2 606	23	24	0	16	0
Tee	2 776	19	61	0	19	0
Kakao, div. Sorten	16 183	28	230	0	159	0
Kaffee	10 168	17	142	0	85	0
Kunstfette u. Margarine	2 518	18	240	8	178	7
Salz-u.Räucherheringe	156 145	33	1 862	0	828	0
(Die Prozentangaben in vorstehender, sowie in den folgenden Tabellen beziehen sich auf den Anteil der Einfuhr aus Deutschland an der polnischen Gesamteinfuhr des betreffenden Artikels.)						
Als nächste Gruppe, auf die sich die Reglementierung der Einfuhr auf deutsche Waren auswirkte, ist die Gruppe der organischen chemischen Erzeugnisse, deren Einfuhr nach Polen betrug (in Quintal):						
1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
9 968	5 774	1 508	1 158	986	869	1 297
Im einzelnen weisen folgende Artikel dieser Gruppe den stärksten Rückgang auf:						
1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Quintal	Quintal	Quintal	Quintal	Quintal	Quintal	Quintal
1994	44	156	4	170	3	0
1555	16	111	3	310	6	0
4870	90	132	39	84	50	0

In dieser Gruppe hat übrigens die Einfuhr von Holzspiritus eine Zunahme erfahren, und zwar von 11 Quintal im Jahre 1924 auf 565 Quintal im Jahre 1930.

In der Einfuhr von anorganischen chemischen Erzeugnissen sind die wichtigsten Verschiebungen folgende:

Aufgrund der Einführung von anorganischen chemischen Erzeugnissen sind die wichtigsten Verschiebungen folgende:						
	1924		1929		1930	
	Quintal	%	Quint.	%	Quint.	%
Naunbersalz und Schwefelsoda	2 379	63	183	5	295	4
Phosphorsäure	888	39	34	1	108	11
Besonders stark ist der Rückgang in der Gruppe der Gummierartikel: so führte Polen im Jahre 1924 aus Deutschland an Autoreifen 1 834 Quintal ein, was 35 Prozent der Gesamteinfuhr darstellte, im Jahre 1930 waren es nur noch 147 Quintal, gleich 0,8 Prozent.						

Vor einem Anziehen der Holzpreise?

Das Institut für Konjunkturforschung lässt verlauten, dass es Sowjetrussland infolge innerer Schwierigkeiten nicht möglich sein werde, die Verpflichtungen zu Holzlieferungen, die es verschiedenen europäischen Staaten gegenüber eingegangen ist, voll einzulösen.

In Fachkreisen rechnet man infolgedessen mit der Möglichkeit eines Anziehens der Holzpreise sowohl auf dem Inlands- wie auch auf den Auslandsmärkten

Aktivsaldo der Handelsbilanz im März

D.P.W. Das polnische Statistische Amt gibt bekannt, dass die polnische Einfuhr im März 1931 125,4 Millionen Zloty und die Ausfuhr 163,8 Mill. Zloty betrug. Im Verhältnis zum Vormonat ist die Einfuhr im Berichtsmonat wertmässig um 8,8 Mill. Zloty gestiegen und die Ausfuhr um 28,8 Mill. Zloty. Somit verzeichnet die polnische Handelsbilanz im Monat März 1931 ein Aktivsaldo von 38,4 Mill. Zloty.

Mehlexport über Gdingen

Märkte.

Getreide. Posen, 21. April. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station 1 ozna.

Richtpreise:

Weizen	32.25—32.75
Roggen	27.75—28.00
Mahlgroste	25.00—26.00
Braugerste	28.00—29.00
Futterhafer	25.50—26.50
Roggenmehl (65%)	40.50—41.50
Weizenmehl (65%)	49.50—52.50
Weizenkleie	23.25—24.25
Weizenkleie (dick)	24.50—25.50
Roggenkleie	23.00—24.00
Rübsamen	38.00—40.00
Senf	42.00—47.00
Sommerwicke	45.00—47.00
Feldschon	47.00—50.00
Peluserbsen	26.0—27.00
Viktoriaerbsen	27.00—31.00
Blaulupinen	24.00—26.00
Gelblupinen	34.00—38.00
Klee, rot	30.00—35.00
Klee, weiss	34.00—46.00
Klee, schwedisch	230.00—260.00
Klee, gelb, ohne Schalen	140.00—170.00
Klee, gelb in Schalen	60.00—70.00
Wundklee	200.00—240.00
Timothyklee	90.00—105.00
Raygras	90.00—110.00
Buchweizen	28.00—30.00
Speisekartoffeln	6.00—6.50
Exportkartoffeln	8.50—10.00

Gesamtstendenz: beständig. Transaktionen zu anderen Bedingungen. Roggen 45 to. Weizen 55 to. Gerste 45 to. Kartoffeln Industria 45 to. Gelbe Kartoffeln zum Export über Notiz.

Getreide. Warschau, 20. April. Amtlicher Bericht der Warschauer Getreidebörse. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Zloty, Parität Wagon Warschau, festgesetzt. Roggen 28—28.50, Weizen 34—35, Einheitshafer 28.50—29.50, Sammelhafer 27—28, Grützergerste 28—28.50, Weizenluxusmehl 60—70, Weizenmehl 4/0 53—60, Roggenmehl nach Verschrift 42—44, mittlere Weizenkleie 24—25, Roggenkleie 23.50—24, Leinkuchen 33.50—34.50, Rapskuchen 24—25, Feld-Speiseerbsen 28—31, Viktoriaerbsen 35 bis 38, Rottklee 300—380, Weissklee 350—450, Saatwicke 44—47, Seradella, doppelt gesäubert 85—90, Saatpeluschen 48—50, Blaulupinen 24—26, gelbe Saatlupinen 40—45. Geringe Umsätze bei festerer Tendenz für Roggen und Futtergetreide.

Produktenbericht. Berlin, 20. April. Brotgetreide befestigt. Hafer fest. Am Produktenmarkt hat sich die festere Grundstimmung auch zu Beginn des neuen Berichtabschnittes erhalten können. Nach stetigem Vormittagsverkehr setzte der Lieferungsmarkt für beide Brotgetreidearten bis 1.50 Mark fester ein, auch für prompte Ware, die von der ersten Hand nach wie vor nur knapp und von der zweiten Hand weniger reichlich als gegen Schluss der Vorwoche angeboten wird, lauteten die Gebote etwa 1 Mark höher. Die festere Nachfrage beschränkt sich allerdings in der Hauptsache auf Roggen, während Weizen ruhiger Geschäft hat. Die Umsatzstätigkeit in Brotgetreide neuer Ernte gestaltet sich noch recht schleppend, da Forderungen und Gebote schwer in Einklang zu bringen sind. Weizenmehl liegt unverändert ruhig, der Roggenmehlsatz, insbesondere 70prozentige Ausmahlung, gestaltet sich weiter befriedigend, und die Preise waren erneut 25 Pfennig höher. Preisfeste Veranlagung wies auch der Hafermarkt auf, da die Nachfrage teilweise erheblich das Angebot überwiegt. Der Lieferungsmarkt setzte bis 3 Mark fester ein. Gerste hat bei fester Grundstimmung irreguläres Geschäft.

Berlin, 20. April. Getreide und Oelsaat. Preise für 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark: Weizen, märk. 288—290, Roggen, märk. 193 bis 195, Braugerste 243—250, Futter- und Industrieergerste 228—242, Hafer, märk. pomm. 184—188, Weizenmehl 34.75—40.50, Roggenmehl 26.80—29, Weizenkleie 13 bis 13.40, Roggenkleie 13.50—14, Viktoriaerbsen 13 bis 13.40, kleine Speiseerbsen 23—27, Futtererbsen 19—21, Peluschen 25—30, Ackerbohnen 19—21, Wicken 23—26, blaue Lupinen 13.50—15.50, gelbe Lupinen 22—26, neue Seradella 66—70, Rapskuchen 9.80—10.20, Leinkuchen 14.20—14.40, Trockenschrot 7.80—8, Soja-Schrot 14.20—14.90. Handelsrechtlich. Lieferungs-geschäft. Weizen: Mai 304—304.50, Juli 300—301, Geld, September 253.25—253.75; Roggen: Mai 206.50 bis 207, Juli 202—203—202.50, September 190.75—191; Hafer: Mai 196—198, Juli 203.50—204.50, September 180.50 und Geld.

Kartoffeln. Berlin, 20. April. Speisekartoffeln. Weiss 1.70—2.00, rote 2.00—2.30, Odenwälder blaue

2.10—2.50, gelbfleischige 2.90—3.30. Grösser fallende über Notiz. Fabrikartoffeln 8 1/2—9 Pfg. pro Stärkeprozent.

Posener Viehmarkt.

Posen, 21. April 1931.

Auftrieb: Rinder 744, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 2020, Kälber 540, Schafe 190, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3494.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten.)

Rinder:

- Ochsen:
- a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt 106—110
 - b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren 96—104
 - c) ältere 82—90
 - d) mäßig genährte 68—74

Bullen:

- a) vollfleischige, ausgemästete 100—108
- b) Mastbullen 92—98
- c) gut genährte, ältere 80—88
- d) mäßig genährte 64—68

Kühe:

- a) vollfleischige, ausgemästete 100—104
- b) Mastkühe 90—96
- c) gut genährte 64—70
- d) mäßig genährte 40—50

Färsen:

- a) vollfleischige, ausgemästete 104—110
- b) Mastfärsen 90—96
- c) gut genährte 74—82
- d) mäßig genährte 64—68

Jungvieh:

- a) gut genährtes 66—70
- b) mäßig genährtes 58—64

Kälber:

- a) beste ausgemästete Kälber 110—120
- b) Mastkälber 100—104
- c) gut genährte 80—90
- d) mäßig genährte 64—74

Schafe:

- a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel 152—158
- b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe 130—140
- c) gut genährte 80—100
- d) alte Mutterschafe —

Mastschweine:

- a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht 118—120
- b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 110—116
- c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht 100—104
- d) Fleischige Schweine von mehr als 80 kg 92—96
- e) Sauen und späte Kastrate 96—104
- f) Bacon-Schweine 92—100

Posener Börse
Fest verzinliche Werte

Notierungen in %	21. 4.	20. 4.
8 1/2% staatliche Goldanleihe (100 G.-st.)	48.50G	48.75G
5% Konvertierungsanleihe (100 st.)	—	—
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-st.)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
10% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-st.)	88.00G	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-st.) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-st.) v. J. 1926	91.50B	—
6% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	38.00G	37.50 +
4% Konvertierungsfand. d. P. Ldsch. (100 st.)	—	86.00G
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:	19.50G	19.50B
5% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	—	—
3 1/2% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3 1/2% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3 1/2% u. 4% Pos.-Pr.-Oblig. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	88.00G	88.00G
8% Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-st.)	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Tendenz: behauptet.
Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Industrieaktien

	21. 4.	20. 4.	21. 4.	20. 4.
Bank Polski	123.50G	122.50G	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	—	—
Bk. Przemysl.	—	—	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	—	23.00B
Arkona	—	—	—	—
Browar Grodz.	—	—	—	—
Browar Krot.	—	—	—	—
Brzeski-Auto	—	—	—	—
Cegielski H.	—	—	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	—	—
Centr. Skór	—	—	—	—
Goplana	—	—	—	—
Gródz. Elektr.	—	—	—	—
Kukr. Zduń	—	—	—	—
Hartwig C.	—	—	—	—
H. Kantorowicz	—	—	—	—
Herzf. Victor.	—	—	—	—
Lloyd Bydg.	—	—	—	—
Luban	—	—	—	—
Dr. Roman May	—	—	—	—
Mlyn Wągrow.	—	—	—	—
Mlyn Ziem.	—	—	—	—
Plescha	—	—	—	—
P. Sp. Drzewna	—	—	—	—
Sp. Stolarska	—	—	—	—
Unia	—	—	—	—
Wytw. Chem.	—	—	—	—
Wyr. Cor. Krot.	—	—	—	—
Zw. Ctr. Masz.	—	—	—	—

Tendenz: behauptet.
G = Nachfrage, B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Warschauer Börse

Warschau, 20. April. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9225, Goldrubel 4.75, Tschernowetz 0.44 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.70, Berlin 212.47, Budapest 155.62, Bukarest 5.31, Helsingfors 22.46, Spanien 90.35, Kairo 44.47%, Kopenhagen 238.86, Oslo 238.82, Prag 26.43%, Riga 171.78, Sofia 6.47, Stockholm 239.06, Tallinn 237.50, Montreal 8.915.

Fest verzinliche Werte

	20. 4.	18. 4.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 st.)	49.00	49.20
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	72.00	70.25
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 st.)	47.00	164.50
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	88.80	88.00
4% Prämien-Investitions-Anleihe (100 G.-st.)	81.75	82.75
7% Stabilisierungs-Anleihe	—	—

Industrieaktien

	20. 4.	18. 4.	20. 4.	18. 4.
Bank Polski	125.50	124.00	—	—
Bank Dyskont.	—	—	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	—	—
Bk. Zachodni	—	—	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	—	—
Grodzisk	—	—	—	20.50
Puls	—	—	—	6.75
Spies	—	—	—	30.00
Strem	—	—	—	—
Elektr. Dabz.	—	—	—	39.75
Elektroczność	—	—	—	17.00
P. T. Elektr.	—	—	—	—
Starachowice	11.25	10.87	—	—
Brown Boveri	—	—	—	—
Kabel	—	—	—	—
Siles i Swiatlo	—	—	—	—
Chlodowicz	—	—	—	—
Czerwik	—	—	—	—
Cegielnia	—	—	—	—
Goslawice	—	—	—	—
Michalow	—	—	—	—
Ostrowito	—	—	—	85.00
W. T. F. Cakru	28.75	—	—	—
Firley	—	—	—	—
Wysoka	—	—	—	—
Sole Potasowe	—	—	—	—
Drzewo	—	—	—	—
Wagiel	—	—	29.00	—
Nafte	—	—	—	—
Polska Nafta	—	—	—	—
Nobel-Stadt	—	—	—	—
Cegielski	—	—	—	—
Lilpop	—	—	—	—
Modrzew	—	—	—	—
Nobelin	—	—	—	—
Orlwein	—	—	—	—
Ostrowiecko	—	—	—	—
Parowozy	—	—	—	—
Pocisk	—	—	—	—
Rohn	—	—	—	—
Rudski	—	—	—	—
Staparkow	—	—	—	—
Urus	—	—	—	—
Zieloniewski	—	—	—	—
Zawiercie	—	—	—	—
Borkowicz	—	—	—	—
Br. Jabkow	—	—	—	—
Syndyk	—	—	—	—
Habersbusch	—	—	—	—
Herbata	—	—	—	—
Spirytus	—	—	—	—
Zegluga	—	—	—	—
Majewski	—	—	—	—
Kijowski	—	—	—	—
Mirkow	—	—	—	—

Tendenz: etwas fester.

Amtliche Devisenkurse

	20. 4.	20. 4.	18. 4.	18. 4.
Amsterdam	—	357.65	359.45	359.32
Danzig	—	172.99	173.85	—
Berlin	—	212.13	212.76	212.83
Brüssel	—	123.79	124.41	—
Helsingfors	—	43.26	43.750	43.750
London	—	8.90	8.94	—
New York (Scheck)	—	34.82	34.950	34.89
Paris	—	—	26.37	26.55
Prag	—	46.64	46.88	46.87
Rom	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	5.30	5.33
Budapest	—	125.17	125.79	125.19
Wien	—	125.17	125.79	125.19
Zürich	—	171.46	172.32	171.47

*) Ueber London errechnet.
Tendenz: uneinheitlich.

Danziger Börse

Danzig, 20. April. Reichsmarknoten 122.52, Zlotynoten 57.66, Dollarnoten 5.14, Scheck London 25.00. Am Devisenmarkt notierten heute Reichsmarknoten 122.40—65, Zlotynoten 57.61—72, Dollarnoten 5.1349 bis 1451, Scheck London 25.00.

Ostdevisen. Berlin, 20. April. Auszahlung Posen 46.95—47.15 (100 Rm. = 212.09—212.99), Auszahlung Warschau 46.95—47.15, Auszahlung Kattowitz 46.90 bis 47.10; grosse polnische Noten 46.85—47.25.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 21. April. (R.) Gegenüber den schwächeren gestrigen Abendkursen waren zu Beginn des heutigen Verkehrs überwiegend Besserungen festzustellen, so dass die letzten offiziellen Mittagnotierungen teilweise noch überschritten wurden. Das Geschäft war aber sehr gering und wickelte sich hauptsächlich innerhalb der brennsmässigen Spekulation ab, die zu kleinen Deckungen schritt. Geld war weiter erleichtert, Tagesgeld 4 bis 6 Prozent, Monatsgeld 5 1/2—7 Prozent. Warenwechsel 5 Prozent ca. Danatbank exklusive Dividende im Verlauf kursmässig etwa behauptet, Geschäft aber nachlassend.

Terminpapiere

	21. 4.	20. 4.		21. 4.	20. 4.
Dt. R.-Bahn	93.25	93.12	Ges. f. e. Unt.	126.25	125.50
A.G. f. Verkehr	69.00	69.50	Goldschmidt	—	—
Hamb. Amer.	64.25	64.12	Hbg. Elkt.-W.	116.25	116.75
Hamb. Süd.	—	—	Harpen. Bgw.	70.50	—
Hansa	—	—	Hoesch	66.75	66.00
Nordd. Lloyd	65.25	65.25	Holzmann	141.75	99.00
Al.-Dt.-Kr.-Ants.	96.87	96.87	Isc. Bergbau	180.50	185.00
Barmer Bank	161.75	161.50	Kali Asch.	163.00	160.00
Berl. Hls.-Ges.	123.75	123.87	Klöckner	68.50	67.62
Com. u. P. Bk.	118.25	118.25	Köln-Neuss.	—	—
Darmst. Bank	138.25	146.00	Mannesmann	75.87	75.67
Deutsche Bank	168.00	168.00	Mausf. Bergb.	37.00	—
Dis.-Ges.	—	—	Metallwaren	—	—
Dresdner Bank	107.50	107.50	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mitsch. K.-Bk.	166.50	167.00	Obschl. Eis.-Bd.	—	43.50
Reichsb. Neue	174.25	174.50	Obschl. Koks.	78.00	79.37
Schulth. Patz.	108.50	108.25	Orenst. u. Kop.	51.25	51.25
A. E. G.	108.50	119.25	Ostwerke	—	—
Bergmann	—	93.00	Phönix Bghs	61.25	61.25
Berl. Masch.-F.	47.50	48.75	Rh. Braunkohl.	178.75	180.50
Buderus	—	53.50	Rh. Elkt.-W.	—	—
Cop. Hiss.-A.	283.00	—	Rh. Stahlw.	82.50	79.50
Charl. Wasser	87.25	87.50	Riebeck	—	—
Conti Cautch.	122.00	124.50	Rütgerswerke	54.62	56.00
Daimler-Benz	31.75	30.12	Salzdetfurth	253.00	252.00
Dessauer Gas	135.25	134.75	Schl. Elkt.-W.	137.00	139.75
Dr. Erdöl-Ges.	75.00	75.00	Schuck. u. Co.	139.00	138.75
Dt. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	176.50	177.25
Dynam. Nobel	—	73.12	Tietz, Leonh.	—	117.00
El. Licht.-Ges.	132.25	132.00	Transradio	—	—
El. Licht. u. Kr.	142.00	123.50	Ver. Glanzstoff	—	—
Essen. Steink.	147.75	—	Ver. Stahlw.	56.00	55.75
L. C. Farben	147.75	148.00	Westeregeln	169.00	166.00
Felten u. Guill.	—	88.87	Zellst. Waldh.	101.00	102.50
Gelsenk. Bgw.	81.50	82.50	Otavi	31.12	31.75

Mahnahmen der neuen spanischen Regierung

Madrid, 21. April. (R.) Das Kabinett hat sich über gewisse Mahnahmen zur Beseitigung der Verordnungen und Mahnahmen der Diktatur-regierung geeinigt. So wurde beschloffen, daß die Titel, die eine Unterordnung oder Abhängig-keit vom monarchischen Regime andeuten, ab-geschafft werden sollen. Die Banknoten blei-ben in Umlauf, sollen aber die Worte „Spanische Republik“ aufgedruckt erhalten. Das spanische Rote Kreuz wird dem Wohlfahrtsministerium unterstellt. Auf Vorschlag des Finanzministers wurde beschloffen, die Löhne der Arbeiter und den Sold der Unteroffiziere von der Steuer auf Ge-winn zu befreien. Beamtenauschüsse werden in den einzelnen Provinzen über die Uebernahme des früheren Kronbesitzes durch den Staat zu be-stimmen haben. In Madrid sollen öffentliche Parks angelegt werden.

Erklärungen des spanischen Außenministers

Paris, 21. April. (R.) Der spanische Außen-minister Ferrer erklärte in einer Unter-redung mit dem Madrider Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“, Spanien schreibe sich vor-herhaltslos als freie Republik dem Völkerverbund an. Was die Gerüchte von der Bildung einer überlischen Republik unter Einbeziehung von Por-tugal anbetreffe, so dürfe man nicht voreilig ur-teilen; die Durchführung eines solchen Gedankens würde vielleicht den späteren Generationen vor-behalten sein. Die Frage des Korrespondenten, ob die Presse nachrichten über das Vorliegen eines spanisch-italienischen Geheimvertrages richtig leien, verneinte Außenminister Ferrer; es gebe keinen Geheimvertrag. Wenn ein solcher vorhan-den gewesen wäre, dann würde die Republik ihn sofort zerissen haben.

Mahnahmen zum Schutze des König Alfons

London, 21. April. (R.) „Daily Herald“ zu-folge wird die Londoner Geheimpolizei für die heute abend bevorstehende Ankunft des vormali-gen Königs Alfons umfassende Sicherheitsmah-nahmen treffen. 50 Geheimpolizisten, die über die internationalen Anarchisten und Sendboten von Geheimgesellschaften genau unterrichtet sind, werden die Ueberwachung durchführen.

Paris, 21. April. (R.) In den nächsten Tagen wird die spanische Königsfamilie nach Fontaine-bleau übersiedeln. Der dortige Aufenthalt dürfte von längerer Dauer sein.

Island will Republik werden

Kopenhagen, 21. April. (R.) In Island fanden gestern Kundgebungen gegen Dänemark statt. Is-land ist seit Dezember 1918 ein unabhängiges neutrales Königreich, das jedoch mit Dänemark den König gemeinsam hat sowie einen Aus-schuß, der zu gleichen Teilen vom dänischen und vom isländischen Parlament gewählt wird. Die-ser Ausschuß prüft die beiden Ländern gemein-samen Angelegenheiten, besitzt jedoch irgendwelche Befehlsgewalt nicht. Das isländische Parlament war vor einigen Tagen vom König von Däne-mark in seiner Eigenschaft als isländischer König aufgelöst worden. Bei einer Studentenun-terhebung in der isländischen Hauptstadt wurde gestern eine Entschlebung angenommen, in der die völlige Unabhängigkeit Islands und die Ausrufung der Republik gefordert wird. Von den Behörden Islands sind Vorsichtsmahnahmen gegen Ausschreitungen getroffen worden. U. a. wurde der Verkauf alkoholischer Getränke in der Hauptstadt verboten.

Die letzten Telegramme

Italienische Auszeichnung

Dr. Eberlein erhält einen Orden

Rom, 21. April. (R.) Anlässlich des traditi-onellen Geburtstages der Stadt Rom hat die italie-nische Regierung 13 ausländischen Pressevertretern, darunter drei deutschen, Orden verliehen, und zwar Dr. Eberlein, Dr. Willis („Hamburger Nach-richten“) und Wolfgang Ludwig Stein („Deut-sche Tageszeitung“).

Schweres Eisenbahnunglück

Kanton, 21. April. (R.) Bei einem Eisenbahn-unglück auf der Linie Kanton—Kaulan wurden ungefähr 30 Personen getötet, 20 schwer und etwa 30 leicht verletzt. Alle Reisenden des verunglückten Zuges waren Chinesen.

Mindestlohn für die englischen Bergleute

London, 21. April. (R.) Der englische Bergbau-minister will einen Mindestlohn für die engli-schen Bergarbeiter gesetzlich festlegen lassen. Der Minister hatte gestern über diese Angelegenheit eine längere Konferenz mit Vertretern der engli-schen Bergarbeitergewerkschaften. Die Regie-rung wird sich bereits in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem von dem Bergbauminister ge-planten Gesetzentwurf beschäftigen. Die Vertre-ter der englischen Bergarbeitergewerkschaften trugen ihre Wünsche auch den Führern der liberalen Partei vor. Die Liberalen verlangen weitere Unterlagen, ehe sie ihre Haltung zu dem ge-plan-ten Gesetzentwurf bekanntgeben wollten.

Professor Trintler seinen Verletzungen erlegen

Bremerhaven, 20. April. (R.) Der hiesiger Professor Trintler, der am vorletzten Sonntag bei einem Autounfall auf der Chaussee zwischen Bre-men und Bremerhaven schwer verletzt wurde, ist

Dr. Sahm im Amt

Der neue Oberbürgermeister von Berlin wird begrüßt

Der neue Berliner Oberbürgermeister, Dr. Sahm, hat Montag seine Amtsgeschäfte im Rathaus offiziell übernommen. Vor seinem Dienstantritt erfolgte die Verpflichtung auf sein Amt durch den Oberpräsidenten in den Dienst-räumen des Oberpräsidiums. Die Verpflichtung ging ohne Feierlichkeiten vor sich. Der Oberprä-sident unterhielt sich anschließend noch einige Zeit in Gegenwart mehrerer Referenten mit Dr. Sahm über verschiedene dienstliche Fragen, worauf sich Dr. Sahm ins Berliner Rathaus begab. Dort wurde er von Bürgermeister Scholz und vom Stadtverordnetenvorsteher Hof empfan-gen. Nach der Begrüßung übergab Bürgermeister Scholz dem neuen Chef der Berliner Verwaltung die Geschäfte.

In den Mittagstunden vereinte sich der Magi-strat zu einer außerordentlichen Sitzung, in der Oberbürgermeister Dr. Sahm die übrigen neuen Magistratsmitglieder auf ihr Amt verpflichtete. Die Verpflichtung des Stadtkämmerers Wsch (S. P. D.) mußte auf Dienstag verschoben wer-den, da die Befähigungsurkunde — infolge eines Schreibfehlers — erst auf den 21. April ausge-stellt ist. Auch die Verpflichtung des unbefohlenen Stadtrats Jurisch (Volkspartei) mußte ausge-setzt werden, da Jurisch zurzeit nicht in Berlin weilt. In der Magistratsitzung erschien auch Bürgermeister Scholz und verabschiedete sich vom Magistratskollegium. Dr. Sahm sprach dem-selbenden Bürgermeister im Namen des Magi-strats den Dank für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienst Berlins aus. Der Stadtverordneten-vorsteher überreichte Bürgermeister Scholz dann

im Namen der Stadtverordnetenversammlung ein längeres Dankschreiben.

Wie schon berichtet, wird sich der neue Magi-strat in der morgigen Stadtverordnetenversamm-lung den Stadtverordneten vorstellen. Vor Ein-tritt in die Tagesordnung wird Oberbürgermeister Dr. Sahm das Wort zu einer programmatischen Erklärung nehmen.

Bei der Vereidigung Dr. Sahms legte der Oberpräsident Dr. Maier in einer Ansprache den Umfang und die Schwere der den Oberbürger-meister erwartenden Aufgaben dar und wies auf die nach dem neuen Verfassungsgezet für Berlin dem Oberbürgermeister obliegende erweiterte Ver-antwortung hin. Er betonte die Wichtigkeit der von der Staatsregierung lebhaft gewünschten Ausübung der reichen im Bürgertum vorhan-denen Kräfte zu selbsttätiger und selbstverant-wortlicher Arbeit und betonte das Vertrauen der Staatsregierung zu Oberbürgermeister Sahm, dem es sicherlich gelingen werde, den Geist echter Selbstverwaltung, der in Selbstlosigkeit, Redlich-keit und Opferbereitschaft wurzelt, wachzuhalten und zu beleben. Schließlich versicherte der Ober-präsident dem Oberbürgermeister die Entschlossen-heit, ihm seine Unterstützung und Hilfe als Auf-sichtsbehörde in verständnisvoller Zusammen-arbeit zum Wohle der Reichshauptstadt und ihrer Bürger zu gewähren. Oberbürgermeister Sahm dankte dem Oberpräsidenten und erklärte, daß er im Sinne der Ausführungen des Oberpräsidenten sein Amt im Geiste einer verantwortungsbewuß-ten Selbstverwaltung führen wolle, wobei er die ihm zugesagte Förderung der Aufsichtsbehörde dankbar begrüßte.

Die Saarregierung fördert französische Schulen

Frankreich verleiht Bestimmungen des Versailler Vertrages

A. Kl. Kr. Berlin, 20. April. Seit Jahren klagt man im Saargebiet über die unmoralischen Werbemethoden französischer Agenten, die auf die deutschen Bergmannsfamilien in unzulässiger Weise einwirken, ihre Kinder der französischen Schule zuzuführen, in der sie, wie in der fran-zösischen Kammer erklärt wurde, in französischem Geiste erzogen werden sollen, damit sie 1935 so weit als möglich für Frankreich stimmen. Wieder-holt sind diese Klagen auch schon beim Völker-bundsrat zu Gehör gebracht worden, der sich auf Grund des beigebrachten Tatsachenmaterials vor-fahren schließlich auch genötigt gesehen hat, die Regierungskommission anzuweisen, die freie Ent-scheidung der Eltern über die Einschulung der Kinder sicherzustellen. Wie die gerade jetzt wieder besonders laut gewordenen Klagen über die un-moralischen Werbemethoden für die französische Schule erkennen lassen, hat die Anweisung des Völkerbundsrats leider keinen sichtbaren Erfolg erzielt.

Man war daher wohl der Auffassung, daß die Regierungskommission zu den sich hier abspielen-den Vorgängen die Augen zudrücke und infolge-dessen nichts sehen könne. Dem scheint aber doch nicht so zu sein. Jetzt wird bekannt, daß die Regierungskommission das ihr zugeleitete Material zur Grundlage einer Untersuchung benutzt hat, und zwar war damit der sächsische Minister für Kultus- und Schulangelegenheiten, Besenitz, beauftragt worden. Vor einigen Tagen hat er nun der saarländischen Presse ein umfangreiches Attestat über das Ergebnis der angestellten Nach-prüfung der Beschwerden zugehen lassen. Dieses

Ergebnis steht leider in einem starken Gegensatz zu der dazu gebrauchten Zeit von einem Jahre. Herr Besenitz stellt mit einiger Befriedigung dann fest, daß die benannten Jengen für die un-moralischen Werbemethoden zum Teil nicht er-schienen seien und daß die ergründeten die Aus-sagen verweigert oder wieder zurückgezogen hätten.

Er muß allerdings zugeben, unter dem Eindruck gestanden zu haben, daß bei diesem Verhalten der Zeugen die Furcht vor Nachteilen der Anlag ge-wesen sei. Eine Erkenntnis, die ihm doch hätte zu denken geben müssen. Das hat ihn aber doch nicht gehindert, der französischen Grubenverwaltung zu attestieren, daß sie die Bekanntmachung der Re-gierungskommission über die Unterlassung jeden Druckes auf die Bergarbeiterbevölkerung bei der Einschulung der Kinder „loyal“ eingehalten habe! Höchstens könne in Frage kommen, daß einige untergeordnete Beamte oder Lehrer der französischen Schule gegen diese Bekanntmachung gehandelt hätten.

Zugeben muß aber Herr Besenitz, daß bezüg-lich des Lehrers Wingert in verschiedenen Fällen solche Drohungen von Vergleuten vorgekommen sind, eine Feststellung, die sofort mit der „Fest-stellung“ der französischen Bergwerksdirektion wieder aus der Welt geschafft werden soll, daß Wingert gar keinen Einfluß auf die Entlassung von Vergleuten oder auf Wohnungsforderungen habe ausüben können. Dieser Wingert sei außer-dem von der Bergverwaltung an eine — andere Schule — natürlich im Saargebiet — versetzt worden!

Das scheint die einzige Folge der Beschwerde zu sein! Herr Besenitz hat sich aber auch an die französische Bergwerksdirektion selbst gewendet, jedenfalls, um von dieser ein „unparteiisches Urteil“ über die Beschwerden zu erlangen. Und ein solches hat er denn auch erhalten. Die Berg-werksdirektion erklärt darin in aller Unschuld, daß sie sich dieser Beeinflussung der Bergarbeiter bei der Wahl der Volksschule für ihre Kinder, die als eine „Notigung“ ausgefaßt werden könne, ent-halte. Dann aber lehrt die französische Berg-werksdirektion den Spieß einfach um und behauptet sich ihrerseits darüber, daß von anderen Faktoren im Saargebiet mit viel wirksameren Mitteln ver-fahrt werde, die Kinder von den französischen Schulen fernzuhalten. Genannt werden da die Presse, die deutsche Lehrerschaft und die Geist-lichen. Herr Besenitz sieht sich genötigt, in einem „Untersuchungsergebnis“ festzustellen, daß in den Kreisen der deutschen Lehrerschaft und teilweise auch in denen der Geistlichkeit eine lebhafteste Wer-be-tätigkeit gegen die Domanialschulen entfaltet werde.

Es ist aber völlig abwegig, wenn durch diese Feststellung die Werbetätigkeit für und gegen die Domanialschulen auf die gleiche Stufe gestellt wird. Herr Besenitz überhebt dabei völlig, daß dem Saargebiet die Unantastbarkeit seiner Schulen im Versailler Vertrag garantiert worden ist, und daß es daher ein selbstverständliches Recht, ja sogar eine Pflicht der hier in Frage kommenden Kreise ist, gegen den offensichtlichen Bruch des Versailler Vertrages und damit gegen die Do-manialschulen zu protestieren.

Freilich war es die Regierungskommission unter dem ersten Präsidenten Rautz selbst, die diese Verletzung des Vertrages begangen hat. Um so kläglicher wirkt daher der Versuch, der Ver-letzung der deutschen Schule durch die Regierung ein neutrales Mäntelchen umzuhängen, indem der Minister Besenitz erklärt, daß im Saargebiet für und gegen den Besuch der Domanialschulen gewonnen werde. Die Regierungskommission habe nicht das Recht und die Macht, diese Propaganda zu verbieten, weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin, solange keine unzulässigen Mittel angewendet würden.

Dem Völkerverbund kann aber nicht eindringlich genug gemacht werden, daß die Verletzung der Zustimmung über die Beibehaltung der Schulen im Saargebiet auch immer eine starke Befürs-tung

probe seiner Treuhänderschaft über das Saar-gebiet in alle Zukunft darstellen wird. Wie wenig sich an den Regierungsmethoden hier geändert hat trotz der veränderten Bezeichnung der Regie-rungskommission, kann man in diesem Vorgange klar erkennen. Eine Kolonialregierung für einen entrechteten deutschen Volksteil, das Unrecht von Versailles an der Saarbesetzung, das von dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini als eine Schmach unserer Zeit gekennzeichnet worden ist, das sind die „Segnungen“ des Völkervertrages für das Saargebiet. Es sieht trübe um die Gerechtig-keit in der Welt aus, daß niemand sich rühre, um dieser Unmoralität ein Ende zu bereiten. Das Saargebiet wird aber mit dem Stimmzettel seiner Unterdrückten die Antwort darauf geben!

Der Kürtenprozeß

Düsseldorf, 21. April. (R.) Am heutigen achten Verhandlungstage im Kürtenprozeß erfolgt die Vernehmung der Sachverständigen.

Professor Dr. Scioli, Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg, erklärt, daß sich drei Pigmäatengruppen mit Kürten befaßt haben, so daß eine Spezialisierung der Gutachten möglich sei. Der Sachverständige sagt aus, daß die Taten Kürten nicht im Zeichen fränkischer Geistesverfassung begangen worden seien. Eine organische Gehirn- oder Geisteskrankheit war nicht festzustellen, ebenso keine unerklärlichen Gemütsbewegungen. Auch ein formelles flüchtendes Denken war nicht festzustellen. Bezüglich des von Kürten erwähnten sogenannten Sühnebundes wurde ermittelt, daß diese Idee keine Wahndee war, sondern nur ein Ausfluß der Phantasie-tätigkeit und der Wahnträume, denen sich der Angeklagte hingab. Diese Art Phantasie ist nicht fränkisch. Der Sachverständige erklärt weiter, typisch für Kürten Großmanns-jucht. Abschließend könne man sagen, daß eine Geisteskrankheit bei dem Angeklagten nicht vor-liege. Es bestehe auch keine Bewußtlosigkeit fränkischer Natur, da er ein ausgezeichnetes Ge-dächtnis habe. Eine Berührung komme bei Kür-ten ebenfalls nicht in Frage. Geisteskrankheit sei in seiner Familie nicht vorgekommen, wohl aber Neigung zur Tunsucht und kriminellen Vergehen; aber deshalb mußte Kürten nicht in dieser Weise kriminell werden. Wenn auch das Milieu in seiner Familie denkbar schlecht war, so durfte er doch nicht krankhaft und verant-wortungslos allen Regungen nachgeben. Nach diesen Aussagen entspinnt sich eine längere Dis-kussion. Auf eine Frage des Verteidigers, der sich der Staatsanwalt anschließt, ob die klinische Untersuchung ein Jahr nach der letzten Mordtat einen sicheren Schluß zulasse, erklärt der Zeuge: „Auf Grund der ganzen Taten muß ich sagen, daß keine Geisteskrankheit vorlag. Gerade der Fall Sahm zeigt von Anfang bis zum Ende eine klare Ueberlegung.“

Die deutsche Einfuhr nach Frankreich

Paris, 21. April. (R.) Aus der Einzelstatistik über den Außenhandel Frankreichs im Januar und Februar 1931 ist zu entnehmen, daß die Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich mit 1 076 140 000 Franks gegen 1 281 883 000 Franks im Januar und Februar 1930 angegeben wird. Der Wert der Ausfuhr französischer Waren nach Deutschland belief sich in den ersten beiden Monaten dieses Jahres auf 495 264 000 Franks gegen 742 841 000 Franks in den ersten beiden Monaten 1930. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß bei den amtlichen Einfuhrziffern die Re-pa-rationslieferungen mitgerechnet werden, wodurch in gewisser Beziehung ein falsches Bild über den wirklichen Stand der deutschen Ausfuhr nach Frankreich entsteht.

Das türkische Programm

Konstantinopel, 21. April. (R.) Der türkische Staatspräsident Kemal Pascha gab gestern das Programm der türkischen Regierungspartei bekannt, ebenso die Kandidaten dieser Partei für die bevorstehenden türkischen Parlamentswahlen. In dem Parteiprogramm heißt es u. a., die türki-schen Steuergesetze sollten weiter vervollkommen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Unter-richtes und der Gesundheitspflege durchgeführt werden. Weiter sieht das Parteiprogramm um-fangreiche öffentliche Arbeiten vor, darunter den Bau mehrerer neuer Eisenbahnlinien und Hafen-anlagen.

Der Aufstand in Honduras

Neuorak, 21. April. (R.) Aus der mittelameri-kanischen Republik Honduras wird über die Aufstandsbewegung gemeldet, daß die Regierung alle notwendigen Mahnahmen getroffen habe, um die Streitkräfte der Aufständischen an der Nord-küste zu überwinden. Ein Regierungs-bericht spricht von einem Siege der Regierun-gstruppen über die Aufständischen, welche Verluste an Toten und Verwundeten gehabt hätten. Nach einer privaten Meldung sollen die Aufständischen in verschiedenen Teilen von Honduras verhältnis-mäßig stark sein. Das Ziel der Aufständischen sei, den gegenwärtigen Staatspräsidenten in Hon-duras zu kürzen. In der mittelamerikanischen Republik Nicaragua soll ein deutscher Missionär vor einigen Tagen getötet worden sein. Diese Meldung verbreitet ein amerikanisches Nach-richt-büro.

Kriegsrecht und Mobilmachung in Honduras

Neuorak, 21. April. (R.) Wie aus Tegucigalpa gemeldet wird, ist in ganz Honduras das Kriegs-recht proklamiert worden. Gleichzeitig ist die Mobilmachung der Truppen erfolgt.

Die heutige Ausgabe hat 12 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jurisch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Zeit- und Stadt- und Land- und den Wirtschaft: Erich Jansen. Für den Abdruck redaktioneller Teile und für die Unirzerte Beilagen: Die Zeit im Bild: Alexander Jurisch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“. Druck: Concordia Sp. A. G. Gedruckt in Berlin, Schlesienstraße 4.

Wenn Sie sich vor **Vermögensverlusten** schützen wollen, müssen Sie jetzt **endgültig** daran denken, Ihre Steuereinschätzung ins Reine zu bringen.

Das polnische Einkommensteuergesetz

in deutscher Uebersetzung

mit zahlreichen Rundschreiben und Entscheidungen

ist der beste **Wegweiser.**

Preis des umfangreichen Bandes nur 7.50 zł.

In allen Buchhandlungen vorrätig.

Concordia Sp. Akc. Kommissionsverlag, **Poznań, Zwierzyniecka 6**

Am 18. April, nachts 3/11 Uhr starb nach längerem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter
Frau Clara Gutsche, geb. Dietrich
im Alter von 64 Jahren.

In tiefer Trauer
Wilhelm Gutsche,
Elisabeth Reinte, geb. Gutsche.

Poznań, Rynek Łazarzki 1, den 21. April 1931.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 22. d. Mts., nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Sitas-Friedhofes aus statt.

Nachruf.

Am 15. d. Mts. entschlief im Posener Diakonissenhaus
Herr Heinrich Stallmann
im 73. Lebensjahre.

Der Verstorbene ist seit Gründung der Kirchengemeinde Zettberg als Kirchenältester bis kurz vor seinem Tode tätig gewesen. Ununterbrochen treu hat er sich für das Wohlergehen seiner Kirchengemeinde eingesetzt und stets die Interessen der Kirchengemeinde mit seiner Umgebung gewahrt.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Gemeinde-Kirchenrat Zettberg
Tiemann, Krause, Röhre, Bennenitz.

Kino Renaissance. Poznań ul. Kantaka 8-9

„Die Legion der Verdammten“
In der Hauptrolle: **Gary Cooper Fay Wray**
ausserdem:
„Der wilde Mensch“

Gegr. **H. Seeliger**
Poznań, sw. Marcin 43
Handschuhe
aller Art für Damen und Herren
Krawatten, Oberhemden,
Kragen, Hosenträger,
Mützen, Socken u. a. m.
zu bedeutend herabgesetzten
Preisen. 1878

Suche zu kaufen: Privat-Grundstück

von 15—25 Morg., mit gutem Boden und Gebäuden.
Bemittelt werden. Angebote mit Preis unter 1115
an die Geschäftsst. d. Zeitg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Schöner Objtgarten

in Poznań, junge französische Obstbäume usw., ca.
2500 Quadratm., auch baufähig, zu verkaufen, sowie
ein Obst- u. Gemüsegart. derselben Fläche mit Wohnh.
(eine freie Wohnung) ebenfalls zu verkaufen. Offerten
u. 1128 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Größeres Gut sucht zum baldigen Antritt deutsche engl.
zweite Sekretärin,
auch Anfängerin. Polnisch in Wort u. Schrift Beding.
Off. u. 1114 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Trod. 23 u. 26 mm wohnh.
Erlenbretter, 20 mm astr.
klef. Seiten, 30, 36, 40, 43,
52, 80 mm br. klef. **Stamm-**
ware, 65 u. 80 mm **Birken-**
und **Buchen-Böhlen**, 40,
65, 70, 80 mm **Ahorn-**
böhlen, **Eichenbohlen**
preis. vertänfl. Näh. Anfr.
u. 1125 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Gaube, ehrliche
Wachfrau
kann sich melden.
Fr. Ratajczaka 20 I w. 3.

Mädchen
für alles, zur guten Küche
von sofort gesucht.
Ing. Bukowski,
Piotra Wawrzyniaka 45.

Johannes Quedenfeld
Inh. A. Quedenfeld
POZNAŃ-WILDA
ul. Traugutta 9
Werkplatz: Krzyżowa 17
(Haltestelle der Straßen-
bahn Linie 4, 7 u. 8)
Moderne
Grabdenkmäler
Grabelfassungen
in allen Steinarten

Violin-Konzert Czerwonky Steiner

im großen Saale des Evangel. Vereinshauses
Sonntag, den 25. April, abends 8 Uhr

Violine: **Richard Czerwonky, Chicago**

Klavier: **Heinrich Steiner, Berlin**

Werke von Bach, Beethoven, Bruch,

Chopin, Ph. Czarwenka u. R. Czerwonky

Karten in der Evangel. Vereinsbuchhandlung zum Preise
von 3, 2 und 1 zł einschl. Steuer für Mitglieder,
zum Preise von 4, 3 und 2 zł einschl. Steuer für Nichtmitgl.
Ermäßigung nur gegen Vorweisung der Mitgliedskarte.

Verband Deutscher Angestellter in Polen.

Gemischter Chor Poznań

Theaterabteilung
Mittwoch, den 29. April 1931 im Zoologischen Garten
Beginn pünktlich 20 Uhr

Mein Leopold

Volksstück in drei Akten von Adolph L'Arronge.
Regie: Frau Lina Starke.

Eintrittskarten zu 3.—, 2.— und 1.— zł einschliesslich Steuer
im Vorverkauf bei Herrn Seeliger, sw. Marcin 43, sowie
an der Abendkasse zu haben.

50.— oder 60.— zł
kosten 50 Mtr.
Drahtzaungeflecht,
1 m hoch, best. verzinkt,
mittelkräftig.

2.0 mm oder 2.2 mm Stärke
mit Einfassung 11 zł
mehr, 50 m Stachel-
draht 7.50 zł.

Liefere jede Höhe.
Nachnahme.
Frachtfrei
nach jeder Vollbahnstation
Drahtgeflechtfabrik
Alexander Maennel
Nowy Tomysl W. 5.

„Bemberg“
Strümpfe
geben wir im
Detail-
verkauf zu
Fabrikpreisen
für zł 4.50 ab
Hurtownia Pończoch
„Atlantic“
Wrocławska, 15 I

Glas
Garten-, Fenster-, Ornament-,
Katedral-, Roh-, Draht- und
Farben-Glas ect., Glaserklitt
und Glaserdiamanten,
Spiegel u. Spiegelglas
empfiehlt in grosser Auswahl
Polskie Biuro Sprz. Szkła
Sp. z o.o., POZNAŃ,
Mała Garbary 7a, Tel. 23-63.

Posener Bachverein

Dienstag, den 28. April, 20 Uhr
in der Posener Kreuzkirche:

Musikalische Feierstunde

Orgel: Herr Georg Jaedele-Bromberg
Gesang: Herr Direktor Hugo Boehmer
Chor des Bachvereins

Kammer-Orchester vom Teatr Wielki
Händel — Bach — Reger
Eintrittskarten für 4, 2, 1 zł in d. Evng. Vereinsbh.

Neuheiten!
Tischdecken
Kissen
Blusen
Geschw. Streich
sw. Marcin 43
zwischen Schloss und Gwarna

Trod. blaue, 52 mm starke
klef. Stammbohlen
sichtl. einwandfr. Tischlerware
preisgünst. zu kaufen gesucht.
Ausführliche Preisang. unt.
1123 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer
für 2 Herren vermietet sof.
oder 1. Mai. Marzalka
Socha 27. 6. Eingang
III. Stod rechts.

kleinere
Blahholzhandlung
oder dafür geeign. Grund-
stück zu kaufen gesucht.
Ausführliche Preisang. unt.
1124 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Evgl. Landwirt, 25000 zł
Vermögen, sucht **Einheirat**
in gute Landwirtschaft von
80 Morg. aufw. Damen mit
gutem Gemüt (auch Witwe
angenehm) wollen vertraul.
n. ihre Angab. unt. 1122
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6, einfinden.

Hebamme
Aleinwächter
erteilt Rat und Hilfe
ul. Romana Szymańskiego 2,
1 Treppe L. fröh. Sieneritz
in Poznań im Zentrum
2. Haus v. Blac. zw. Krzyżki
früher Petriplatz.

Leipziger Neueste Nachrichten

eine der einflussreichsten und verbreitetsten
Tageszeitungen des Deutschen Reiches.

In der ganzen Welt bekannt.

Täglich überaus fesselnder und reichhaltiger politischer,
kultureller und wirtschaftlicher Lesestoff, der eine
ausgezeichnete Übersicht über die
deutschen Verhältnisse ermöglicht

Wer enge geistige Fühlung mit Deutschland aufnehmen
will, dem wird die Lektüre der Leipziger Neuesten
Nachrichten alle Wünsche erfüllen. Wer geschäftliche
Verbindungen mit deutschen Firmen oder Verbrauchern
sucht, dem werden die Leipziger Neuesten Nachrichten
hervorragende Dienste leisten. Sie sind in Deutschland
ein Insertionsorgan von unübertrefflicher Werbekraft.

Tagesauflage: über 180 000 Exemplare!

Hauptgeschäftsstelle Leipzig C 1, Peterssteinweg 19.

Möbliertes
sauberes Zimmer
mit allen Bequemlichkeiten
sofort zu vermieten.
Fr. Ratajczaka 20 I w. 3.

Gut
300 Morg., Pomorze erstfl.
Kultur, volles Inventar,
günst. Zahlungsbedingung.
für 18000 zł zu verkauf.
Off. u. 1127 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Guterh. **Arbeitswagen u.**
Geschirre, starke **Holz-**
rüdwagen, **Winden**,
Windeheber, **Holzwerk-**
schädelmaschine, **Schrot-**
mühlen, **Säde**, **Eisen-**
bassin, **eiserne Garten-**
pumpe, **Drahtseile**, **eis.**
Oefen, **Geldspind**,
Dachsteine, **Kacheln**
billig verläuf. Näh. Anfr.
u. 1126 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.,
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wohnhaus
mit anshl. Fabrikgebäude
in Schwerin a/W. für jede
Fabrikation geeignet. 1927
erb., Warmwasser, Zentral-
heizung, umständehalber sof.
zu verkaufen.
Meissler, Schwerin a/W. Poststr. 3.
Weitere Objekte auf dem
Land u. in der Stadt stets
vorhanden.